

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 14. Juni 1920
11. Jahrg. Nummer 135

wer, mit täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Einverständnis des Postamtes. Die Jahrgangspreise: Die sechsgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 8 Pf. Mellemenspreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Inhalt der Inseraten-Ankündigungen ist der Haupt-Expedition 5 Pf.; in den Illustrierten-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krawattenstr. 60, Tel. 140 80.
Verlagsleitung: Breslau 544, Krawattenstr. 60, Tel. 140 80.
Druckerei: Breslau 10, Krawattenstr. 60, Tel. 140 80.
Verlag: Breslau 10, Krawattenstr. 60, Tel. 140 80.

Die Internationale an den Parteitag

Die Rede des Vertreters des Exekutivkomitees

4. Verhandlungstag

Berlin, 12. Juni.

Die Fortsetzung der politischen Diskussion bot einer Reihe von Delegierten aus den Bezirken Gelegenheit, über die Anwendung der Linie der Partei im Reich zu berichten und die politischen Probleme in den Bezirken aufzurollen. Eine bedeutende Rolle spielte in der Diskussion auch der Kampf der Partei gegen den

Spaltungskurs der Sozialdemokratie in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Sport- und Freizeitorganisationen), wobei die Rolle der rechten Renegaten, die den Reformisten Zutreiberdienste leisten, von den Genossen aus Solingen und Thüringen in ihrer ganzen Erbärmlichkeit aufgezeigt wurde.

Im Namen der Sportorganisation der Berliner Arbeiterschaft überbrachte der Vorsitzende des „Fichte“-Vereins, Genosse Kirch, dem 12. Parteitag die brüderlichen Kampfgrüße der Arbeiterportler. Im Anschluß an seine eindrucksvollen Ausführungen machte Genosse **Geertz** vom Präsidium dem Parteitag von dem Lügenbericht des „Vorwärts“ über die gestrige Sitzung Mitteilung, in dem dem Genossen Dahlem untergeschoben wird, er hätte erklärt, die Arbeiterportbewegung spalten.



Der Vertreter der 18-Farben, Treptow

Eingehend beschäftigten sich die Delegierten auch mit der Lage in der SPD. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß in breiten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter eine starke Unzufriedenheit und Erbitterung

über den Banzerkreuzer- und Koalitionskurs der SPD, um sich greift und unserer Partei die Aufgabe stellt, gerade durch den schärfsten Kampf gegen den Reformismus diese Arbeiter von den Sozialfaschisten loszureißen.

In der Diskussion zu den innerparteilichen Fragen haben sich sämtliche Delegierten, mit der einzigen Ausnahme des Genossen Lütlich, Galle, mit der Linie der KPD. und der Parteiführung solidarisch erklärt. Die Delegierten verlangten, daß in das neue Zentralkomitee nur Genossen gewählt werden, die die Linie des 6. Weltkongresses ohne irgendwelche Schwankungen durchzuführen.

Von der Versöhnler-Gruppe sprach der Genosse Lütlich, der die Taktik der Partei am 1. Mai glaubte kritisieren zu müssen, und entwickelte dabei eine durchaus opportunistische Auffassung vom Charakter der Mailkämpfe. Seine Ausführungen fanden den scharfen Widerspruch des Parteitag. Genosse Ernst Meyer hat die bekannten Angriffe der Versöhnler auf die Parteilinie wiederholt. Den Auftakt zur Nachmittagsitzung bildete der Einmarsch der

Fahnendelegationen der Jungpioniere. Mit größter Freude begrüßt der Parteitag die Pioniere, in deren Namen eine Jungpionierin über Teilnahme der proletarischen revolutionären Kinderorganisationen an der Maidemonstration, über die brutalen Massenverhaftungen der Jörgiebel-Polizei und das tapfere Verhalten der Jungpioniere berichtete. Der

Vertreter des KKK, Genosse Sémard

Vorsitzender der Kommunistischen Partei Frankreichs, erscheint im Verhandlungssaal. Der Parteitag empfängt den Vertreter der Exekutive mit langanhaltenden Ovationen. Genosse Sémard überbringt dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei die brüderlichen Kampfgrüße der Kommunistischen Internationale und beleuchtet die Bedeutung des 12. Parteitages für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt. Im Mittelpunkt der vom Genossen Sémard gegebenen internationalen Uebergriffe stehen die ungeheure Verschärfung der internationalen Kriegsgefahr und die Zuspitzung der äußeren und inneren Widersprüche des Kapitalismus und der neuen Verschärfung der revolutionären Bewegung in seinen verschiedenen Ausprägungen. Die künftigen Wendungen, die der 6. Weltkongreß vollzogen hat, rufen in Frage der organisatorischen Rolle der Kommunistischen Partei innerhalb der allgemeinen Linksentwicklung.

die objektiv eine Frage der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus ist, in den Vordergrund. Gerade diese Aufgabe, die Arbeiterklasse im

Klassenkampf zu führen und zu organisieren, verpflichtet die KPD zum schonungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen die „linken“ Sozialdemokraten, zum schonungslosesten Kampf gegen alle rechten Gefahren und opportunistischen Schwankungen innerhalb der Partei.

Die große Initiative zur Mobilisierung der Arbeitermassen, zur organisatorischen Festigung und Stärkung Ueberwindung aller sozialdemokratischen Traditionen, Förderung der Weltinitiative, bolschewistische Selbsterziehung und leninistische Schulung, Heranziehung neuer Kader, — das sind die Hauptaufgaben, die der Kommunistischen Partei Deutschlands bevorstehen.

Der Vertreter der Exekutive zeigte in diesem Zusammenhang die internationale Bedeutung der Ereignisse auf. Unter klärender Zustimmung des gesamten Parteitages erklärt Genosse Sémard, daß die Komintern und die Kommunistischen Parteien aller Länder ihre brüderliche Sympathie mit den Barrikadenkämpfern vom Webbing und Neudöln bekennt. Die Barrikadenkämpfe waren spontane Teilaufstände in einer nicht akut revolutionären Situation! Sie werden jedoch das Herinarbeiten in eine akut revolutionäre Situation beschleunigen. Die Partei wird alle Lehren der Mailkämpfe im Interesse der Revolution auswerfen.

Wie das Verhalten der Sozialdemokraten in den Berliner Kämpfen, so hat auch der Lageburger Parteitag der SPD die Entwicklung der SPD zum Sozialfaschismus zum klaren Ausdruck gebracht.

Die SPD ist eine bürgerliche Partei, ihre Führer sind die aktivsten Stützen der Herrschaft der Bourgeoisie. Im Dienst der Bourgeoisie verrichtet sie auch ihre Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften und verbreitet gleichzeitig mit den Rechten und den trotkistischen Renegaten die Lüge, daß die Komintern die Spaltung der Gewerkschaften begünstige.

Zur Erreichung ihrer großen Aufgaben ist es notwendig, daß die Partei die Reinigung von allen opportunistischen Elementen als Vorbedingung des Sieges setzt. Der Ausschluß der Rechten bedeutet keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Kommunistischen Partei Deutschlands! Ist dieser Prozeß der Reinigung von rechten Elementen beendet? Nein, denn

Die Rolle der Rechten ist von den Versöhnlern übernommen worden

Sie bilden eine neue Fraktion in der Partei. Die Partei darf die Versöhnler, wenn sie ihre Linie aufrecht erhalten, in keinerlei Funktionen belassen und muß an die Versöhnler die Warnung richten: Wenn sie ihre Tätigkeit fortsetzen, müssen sie das Schicksal der Liquidatoren teilen.

Die Ansprachen einer Anzahl von Berliner Betriebsdelegationen an den Parteitag haben, wie am Dienstag so auch gestern, die unzertrennliche Verbundenheit der Betriebe mit der Partei des Proletariats demonstriert.

Die in französischer Sprache gehaltene Rede des Genossen Sémard wurde vom Genossen Hedert überlebt. Wiederholt betonte der Parteitag durch starken Beifall seine vollständige Zustimmung zu den Ausführungen des Exekutivvertreters.

Die Ausführungen des Vertreters der Exekutive sind von der größten internationalen Tragweite. Wir sind eine Weltpartei. Wir lernen gemeinsam. Alle anderen Parteien in den kapitalistischen Ländern haben die Erfahrungen auszumerten. Die Kommunistische Partei muß revolutionäre Arbeit leisten und weiter Führerin bleiben, auch wenn sie verboten wird. Die Augen der revolutionären Welt sind auf den Parteitag der Kommunistischen Partei gerichtet. Er wird neue Kampfswaffen schmieden und einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Revolution, zur Errichtung der proletarischen Diktatur machen.

(Fortsetzung des Referats vom Genossen Thälmann siehe 3. Doppelseite.)

Vom Tage

Im Stinnes-Prozeß wurde mit der Vernehmung des Angeklagten Stinnes begonnen.

Vor dem Bonner Schwurgericht begann der Prozeß gegen den 30-jährigen Arzt Dr. Richter aus Bingen, der wegen Meineides und Giftmordes an der Krankenschwester Mertens aus Bonn angeklagt ist.

In der persischen Provinz Faristan bauern, wie die „Times“ meldet, die Unruhen an.

Am gestrigen Mittwoch fanden in Südfrankreich Parlamentswahlen statt.

Jörgiebel organisiert internationale Kommunistenhab



Jörgiebel drückt dem Londoner Gummelnüppelkollegen die Hand.

Aus London werden Verhandlungen zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel und den Polizeipräsidenten von London und Paris gemeldet, die sich darauf beziehen, zwischen der Kriminalpolizei (sprich: Politische Polizei) der drei Hauptstädte eine „engere Zusammenarbeit“ zu erzielen. Während der Berliner Polizeipräsident bereits etwa eine Woche in London weilte, ist der Polizeipräsident von Paris erst am Sonnabend in London eingetroffen. Unter anderem wird zwischen den Polizeichefs auch ein Plan für die Schaffung eines internationalen fliegenden Geschwaders der Kriminalpolizei der drei Länder vorgelesen.

Die Hintergründe dieser Meldung sind sehr leicht zu durchschauen. Die Verhandlungen der drei Polizeipräsidenten gelten nicht in erster Linie den kriminellen, sondern den politischen „Verbrechern“. Die Methoden, mißliebige politische Elemente zu verfolgen, sollen durch diese Verhandlungen erheblich verfeinert werden. Herr Jörgiebel, der ja sein blutiges Meisterstück in den Mailtagen abgelegt hat, ist wahrlich der rechte Mann, seinen Kollegen aus Paris und London den nachschärfsten Unterricht über die geeignetsten Methoden der Verfolgung von Kommunisten zu geben.

Mißtrauensvotum gegen Sebering abgelehnt

Berlin, 12. Juni. (Eigener Bericht.) Nach Schluß der Beratung über den Innenetat kamen die Mißtrauensvoten der oppositionellen Parteien gegen Sebering zur Abstimmung. Die Abstimmung ergab für Sebering das ausdrückliche Vertrauensvotum der Regierungsparteien, einschließlich der Schwerindustriellen Volkspartei.

IAS-Treffen verboten!

Das für Sonntag, den 16. Juni, in Hönnef (Rheinland) geplante Treffen der Internationalen Arbeiterhilfe wurde auf Grund des § 10, Teil 2, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1794 (!) verboten. Die von Sebering in Darmstadt bereits angekündigte verschärfte Verfolgung der revolutionären Bewegung, wird mit diesem Verbot des IAS-Treffens in die Praxis umgesetzt. Die Arbeiterklasse muß den Terror der Sozialfaschisten zurückweisen, indem sie für die IAS, die Proviantkolonne des Proletariats, neue Mitglieder gewinnt.



Die passen auch zueinander!

Die Notlage der Grenzgebiete vor dem Hauptausbruch Genosse Wollweber klagt an

Im Hauptausbruch des Preussischen Landtages fanden in der Sitzung vom 10. Juni die sogenannten Grenztränge auf der Tagesordnung, u. a. auch der kommunistische Antrag, der auf die besondere Not der werktätigen Bevölkerung in den Ostprovinzen Bezug nimmt. Die beiden Berichterstatter, Frau Wohlgemuth von der SPD. und Herr Nibel von den Demokraten, hielten in ihrer Berichterstattung auf die Regierung. Beide führten aus, daß die Regierung ja versprochen hätte, daß sie am 10. Juni schon sagen könne, wieviel Ueberflüsse vorhanden seien, um die Not in den Grenzprovinzen zu lindern. Der Vertreter des Finanzministers erklärte, daß kein roter Fennig übriggeblieben sei und daß man vielleicht im Herbst sagen könne, ob etwas gemacht werden kann. Die Redner der kommunistischen Fraktion nannten mit Recht den Ausschluß eines Ausschusses zur Untersuchung. Der Genosse Grob griff die Regierung besonders an wegen ihrer geradezu katastrophalen Siedlungspolitik. Genosse Wollweber-Breslau schärfte insbesondere die ungeheuerliche Not Schlesiens und der Waldenburger Bergarbeiter. Nach endloser Debatte, und nachdem der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums noch allerlei Ausreden zutage gefördert hatte, wurden schließlich alle auf der Tagesordnung stehenden Anträge dem Ausschuss für Grenzgebiete überwiesen.

Die Fememörder sollen amnestiert werden

Im Reichstage ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der Amnestie für die politischen Straftaten fordert, die im vorigen Jahre von der Straffreiheit ausgeschlossen waren (die Femefälle). Der Antrag fordert weiter, daß anhängige Femeverfahren eingestellt, neu nicht eingeleitet werden, daß die Urteilungen amnestierter Straftäter wegen erfolgen, und daß in den Verfahren, denen nach erfolgtem Freispruch die Amnestie ein Ende machte, den Betroffenen Ersatz der Auslagen (!) gewährt werden soll.

Eine Propagation besonders angeht die Tatsache, daß noch eine Anzahl Arbeiter für „politische Verbrechen“ in den Kerker sitzt, die sie im Gegensatz zu den wirtlichen Mordtaten bezahlter Landstreitkämpfern, im Kampf um die Freiheit ihrer Klasse begingen.

Statt angeführter Rheinlandräumung — englische Manöver

Berlin, 12. Juni. Der Abend-„Vorwärts“ und die übrige Regierungspresse melden über die Unterredung zwischen Stresemann und dem französischen Außenminister Briand in Madrid, daß dieselbe eine prinzipielle Einigung über die Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes und die Räumung des Rheinlandes ergeben habe. Die Forderung des „Vorwärts“ und der anderen Blätter auf die halbjährige Räumung des Rheinlandes, mit der sie schon beim Abschluß der Pariser Reparationskonferenz das Ergebnis derselben schmähhaft machen wollten, erfährt eine bezeichnende Charakterisierung durch eine Mitteilung, die heute der Londoner „Manchester Guardian“ veröffentlicht. Er teilt mit, daß das britische Oberkommando im Rheinland Vorbereitungen zu großen Manövern der britischen Besatzungsarmee trifft. Diese sollen am 20. August beginnen und erst Ende September beendet werden.

Auch die Minderheitenfrage kann der Völkerbund nicht lösen

Paris, 12. Juni. Der „Petit Parisienne“ meldet aus Madrid, daß die englische Regierung telegraphisch um Beratung der Minderheitenfrage ersucht habe. Die Arbeiterregierung habe sich angeblich bisher nicht genügend in die Materie einarbeiten können. Nach der Meldung des „Petit Parisienne“ soll Stresemann den Antrag der Engländer unterstützen. Das ganze ist nichts weiter als eine neue Verschleppung der Diskussion über die Minderheitenprobleme, und ausgerechnet Herr Stresemann, dessen henschliche Entschlossenheit über die bisherige Verschleppungspolitik des Völkerbundes zu diesen Fragen bekannt ist, gibt der engen Verbundenheit der deutschen Trübsandgeister mit dem englischen Imperialismus dadurch Ausdruck, daß er den englischen Antrag unterstützt.

Die neueste Meldung besagt: Das Ratkomitee für die Minderheitenfrage hat seine Arbeiten durch Annahme eines von Abtschil unterbreiteten Entwurfs an den Völkerbundsrat und eines Entschuldigungsvertrages abgeschlossen. Bericht und Entschuldigungsvertrag werden aber erst Donnerstag vom Völkerbundsrat erörtert werden.

Geschlossene Konfordsfront im Reichstag

Die kommunistischen Anträge auf Annullierung des bayerischen und Verbot des Preußen-Konfords abgelehnt — Das schamlose Verhalten der Sozialdemokraten — Alle Forderungen der Freidenker niedergestimmt

(Eig. Bericht.) Berlin, 12. Juni.

In der Mittwochs-Sitzung des Reichstages wurden die Bestimmungen über die Anträge zum Etat des Reichsinnenministers vorgenommen. Es ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten in diesem Jahre nicht einen einzigen Antrag zum Etat ihres Partei-genossen Severing eingebracht hätten. Selbst die Anträge, die sie noch im vergangenen Jahre zu Zeiten des Bürgerkrieges vorlegten, waren in diesem Jahre in der Verfertigung verschwunden. Es blieb daher einzig und allein den Kommunisten vorbehalten, die Forderungen der Werktätigen in Form von Anträgen aufzustellen und zur Abstimmung zu bringen. Das Ergebnis dieser Abstimmungen zeigt erneut, mit welcher Kruppel-Demagogie die Sozialdemokraten gegenüber der Arbeiterklasse im Wahlkampf vorging, und wie die Sozialdemokraten in Wirklichkeit nicht nur die Kultur- und Kulturreaktion, sondern die eifrigsten Helfer und Wegbereiter dieser Kulturreaktion sind.

Zur Abstimmung fand der Antrag der Kommunisten auf Trennung von Kirche und Staat.

Bei diesem Antrag stimmten die Sozialdemokraten noch mit den Kommunisten, denn es handelte sich ja nur um eine theoretische Angelegenheit. Die Kommunisten forderten namentlich die Abstimmung über die sofortige Annullierung des Bayern-Konfords und Verbot des Abschusses des Konfords in Preußen. Die Sozialdemokraten verlangten getrennte Abstimmung über das Bayern- und Preußen-Konfords. Sie hatten nämlich die Absicht, sich beim Bayern-Konfords der Stimme zu enthalten und offen für das Preußen-Konfords zu stimmen. Ob sie sich auch getrennte Abstimmung durch. Als Ergebnis kam heraus, daß für die Annullierung des bayerischen Konfords nur die Kommunisten gestimmt haben. 130 Sozialdemokraten gaben als Zeichen der Stimmenthaltung blaue Stimmlinien ab. Dieses Ergebnis wurde mit stürmischen Hörlichkeits-Rufen aufgenommen.

Vor der Abstimmung über das Preußen-Konfords leitete Streit unter den Sozialdemokraten ein.

Man sah Wels, Breitscheid, Sellmann, Hilferding in heftigem Gespräch. Einige „linke“ Sozialdemokraten mischten sich in den Streit. Vor der Abstimmung gab dann Wels das Zeichen für die Fraktion, indem er die blaue Karte hochhielt. Hätte Wels also im letzten Moment nicht die Fraktion auf Stimmenthaltung festgelegt, so würde sich folgendes ergeben haben: Die Katholiken in der Sozialdemokratischen Fraktion würden schon im Voraus für das Preußen-Konfords gestimmt haben, die Evangelischen und Juden in der sozialdemokratischen Fraktion hätten sich der Stimme enthalten und einige „Linke“ würden sich vor der Abstimmung gedrückt haben. Durch das Kommando von Wels wurde diese Versplitterung noch außen vertrieben.

Das Ergebnis der Abstimmung war also, daß gegen den Abschluß des Preußen-Konfords nur die Kommunisten stimmten,

129 Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten, während die ganze bürgerliche Front gegen den kommunistischen Antrag stimmte.

Das schamlose Verhalten der Sozialdemokraten wird besonders gekennzeichnet durch die Tatsache, daß noch im vergangenen Jahre unter dem Bürgerkrieg sie selbst einen Antrag auf Annullierung des Bayern-Konfords eingebracht hatten.

Und nun die Mehrheit der Mehrheit. Die Sozialdemokraten lehnten, natürlich immer in der Einheitsfront bis zu den Deutschnationalen, folgende Anträge ab:

500 000 Mark für die Freidenkerorganisationen zu bewilligen (dafür bewilligten sie für die Nationalen Vereine und zum Ausbau der Kirchen annähernd eine halbe Million);

5 Millionen zur Behebung der Jugendernst; 5 Millionen zur Behebung der Not der werktätigen Studenten; ferner stimmten die Sozialdemokraten gegen die Aufhebung des Gottschalk-Paragrafen und gegen die Aufhebung des Schund- und Schmutzgesetzes und der Filmgenur.

Abgelehnt von der sozialdemokratischen deutschnationalen Einheitsfront wurde gleichfalls der kommunistische Antrag auf Abschaffung der Reichlichen Nothilfe. Abgelehnt wurden auch die Sozialdemokraten alle kommunistischen Anträge für die Jungarbeiter. Abgelehnt wurde von Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen der Antrag auf Fahrvergünstigungen auch für revolutionäre Jugendorganisationen. Abgelehnt wurden die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Zensurverbote, Aufhebung des Verbots des RFB und der Demonstrationsverbote. Abgelehnt wurde auch der kommunistische Antrag, die Feuerbestattung mit der Erbschaft gleichzustellen. Dagegen fanden die Anträge der Deutschnationalen auf gesetzgeberische Maßnahmen „gegen Entartungen und Bewilderungen auf dem Gebiet der literarischen Erzeugnisse“ und auf Sicherstellung der Neutralität (!) des Rundfunks Annahme. Abgelehnt wurden alle kommunistischen Anträge auf Erleichterung der Kirchenaustritte.

Bei der Beratung des Etats des Innenministers sprachen noch die Genossen Lohm, der gegen das Verbot des RFB Stellung nahm, und Genosse Hoernle zur Frage des Reichsdruckgesetzes.

Der Reichstag trat darauf in die Beratung des Etats des Postministers ein. Als einziger nahm Genosse Lohm die Stellung zu ihm Stellung und zeigte die schlechte Lage der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten in den Postbetrieben auf. Die Kommunisten verlangten Ermäßigung der Rundfunkgebühr von 6 Mark vierteljährlich auf vier Mark und im Umstrage des Arbeiter-Ratobundes die Freigabe der Kurzwellensender.

Der Kultur-Berrat beschloffen!

Berlin, 13. Juni. Ueber den Verlauf der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, in der zur Konfordsfrage Stellung genommen wurde, berichtet der „Vorwärts“ u. a.: Es sprach eine Anzahl Redner sowohl für als gegen den Vertragsabschluss. Auch von den Begnern des Vertragsabschlusses wurde mehrfach hervorgehoben, daß zwischen dem preussischen Vertragsentwurf und dem bayerischen Konfords ein gewaltiger Unterschied bestehe. (?) Nach mehrstündiger Debatte erfolgte die Abstimmung, die eine sehr große Mehrheit für die Vertragsannahme ergab. (Wie hoch es doch vor der Wahl: „Gegen die Machtgelüste der Kirche.“ Und heute? Ein toller Stundball)

Betriebsmord in Weimar

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich Mittwoch vormittag in der Zigarettenfabrik von Zeiss u. Co. in Egelshaus bei Königsee. Dort explodierte der große Gaskessel der Fabrik, an dem gearbeitet wurde. Durch die gewaltige Explosion wurde das Dach des Hauses eingerissen. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei schwer und drei leichter verletzt. Man nimmt an, daß die Explosion durch Funken bei den Nietarbeiten entstanden ist.

Freder Unternehmer-Vorkloß

London, 13. Juni. Der Verband der Baumwollspinner und -fabrikanten hat auf seiner Tagung in Manchester einen Beschluß gefaßt, die Löhne der Weber um 12,82 Prozent herabzusetzen. 200 000 Weber werden von dieser geplanten Lohnkürzung betroffen. Es dürfte zu schweren Kämpfen kommen.

Gemeinsamer Selbstmord eines Schülers und einer Schülerin

Ein 17-jähriger Schüler einer Lehranstalt in Köln suchte zusammen mit einer 15-jährigen Schülerin aus Köln den Tod im Rhein. Die Leichen der beiden jungen Leute wurden bei Ronheim und bei Uerdingen gelandet.

Großfeuer in Mailand

Dienstagabend brach in einer Arbeitsstätte zur Erzeugung von Cellulose-Artikeln ein Brand aus, der sich bald auf das Gebäude, in dem das Laboratorium untergebracht war, ausbreitete. Aus den Fenstern des Laboratoriums schlugen die Flammen bis zum vierten Stock empor. Bis auf eine Familie wurden alle Bewohner gerettet. Zwei Kinder der Familie sind bis jetzt als Todesopfer zu beklagen. Die Mutter und ein weiteres Kind ringen mit dem Tode.

110 französische Soldaten in Marokko getötet

Nach Londoner Meldungen aus Casablanca ist eine Abteilung französischer und marokkanischer Soldaten von nicht unterworfenen Marokkanern in der Nähe von Erfu angegriffen worden. Die französischen Verluste betragen 110 Tote.

Rapitalisation vor den mexikanischen katholischen Verbänden

Mexico, 12. Juni. Aus Mexico wird gemeldet, daß sich der Vertreter des „Heiligen Stuhles“ zum ersten Male nach den Unruhen in den Präsidentenpalast begeben habe, um mit dem Präsidenten Porfirio Gil über die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in Mexico Rücksprache zu nehmen.

Reformisten spalten die Lebensmittelarbeiter-Internationale

Wie aus Stockholm gemeldet wird, kam es auf der Sitzung des Vorstandes der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter zu schweren Vorwürfen der Mehrheit des reformistischen Vorstandes gegenüber den Vertretern des Lebensmittelarbeiterverbandes der Sowjetunion. Diese hatten an der Politik des Vorstandes schwere Kritik geübt. Darauf faßten die Reformisten einen schon vorher bezateten Beschluß, die Zusammenarbeit mit den Vertretern des Verbandes der Sowjetunion einzustellen, falls diese ihre Vorwürfe gegen die reformistische Politik nicht vollständig zurücknehmen würden. Da die russischen Vertreter ihre berechtigten Kritik aufrecht erhielten, wurden sie aus der IUL ausgeschlossen.

Rote Betriebsräte im Neunkirchner Eisenwerk

Bei den Arbeiterauswahlgängen auf dem Neunkirchner Eisenwerk erhielt die Liste der Opposition 1805, Christen 755, Reformisten 890 und Kirche 308 Stimmen. Die Siege im Arbeiterauswahlgang verteilen sich wie folgt:

Opposition	12 Mandate
Reformisten	5
Christen	5
Kirche	2

Die Gewerkschaftsopposition hat somit die Hälfte aller Mandate erobert. Alles wurde ausgedehnt, um der revolutionären Opposition eine Niederlage beizubringen. Reformisten, Christen und Kirche fanden, von der Direktion des Werkes weitgehend unterstützt, im Kampf gegen die Opposition, die trotzdem diesen übermächtigen Erfolg für sich buchen kann.

Und das nennt sich „Dzentrflug“

Kopenhagen, 12. Juni. Die schwedischen Dzentrflieger, die am Dienstag nach Umkehr des Propellers zum dritten Male gegen 18 Uhr gestartet waren, waren gezwungen, nach Zurücklegung von etwa 100 Kilometern zurückzukehren, da sie feststellten, daß der Koffer leer geworden war. Gegen 20 Uhr trafen die Flieger in Reykjavik wieder ein, und beschloßen nach Ausbesserung des Schwanzes, zum vierten Male zu starten.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, für „Deutschland“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, für „Betrieb und Wirtschaft“ Hermann Burg, für den Reichs- und Provinzialteil in Berlin — für den Reichs- und Provinzialteil in Leipzig — für den Reichs- und Provinzialteil in Berlin.

Die Abtreibungsschande bleibt

Aus den Beratungen des Strafrechtsausschusses

(Eig. Bericht) Berlin, 12. Juni.

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages gab es am Dienstag die Abstimmung über die Bestrafung der Abtreibung. Vorher hatte Genossin Trendelenburg noch einmal auf die Barbarei dieser ganzen Strafbestimmungen hingewiesen. Sie hatte insbesondere auch unter Hinweis auf die Statistik dargelegt, daß die Zulassung der Abtreibung in der Sowjetunion, wo sie in öffentlichen Kliniken von Ärzten vorgenommen werden kann, keineswegs einen Rückgang der Geburten zur Folge hat, sondern mit einer starken Steigerung der Bevölkerungszahl Hand in Hand geht. In der Abstimmung wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der Abtreibungsparagrafen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ebenso fiel ein Eventualantrag der Kommunisten, der als Winkelschande nur bestraft werden sollte, wenn jemand die Handlung, ohne die Notwendigkeit medizinischer Kenntnisse und die erforderliche Kunstfertigkeit zu besitzen, vorgenommen hat oder wenn er unter Verletzung der Regeln der ärztlichen Kunst oder der Hygiene die Schwangerschaft beendet oder gestört hat. Gegen diesen Antrag stimmten sogar die Sozialdemokraten.

Weiter hatten die Kommunisten gefordert, daß der Versuch der Abtreibung, dessen Strafbarkeit schon heute und auch nach dem kommenden Strafgesetz Hunderttausende von Frauen der Gefahr der Bestrafung ausgesetzt, in Zukunft straflos bleiben soll. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Ebenso wurde der kommunistische Antrag, die Schwangerschaftsunterbrechung in Fällen der sozialen Notlage zuzulassen, abgelehnt. Desgleichen ein sozialdemokratischer Antrag, außer der Abtreibung aus sozialer Not, noch die Abtreibung in Fällen der Notzucht, Schan-

dung, Blutschande oder Unzucht mit Kindern oder bei der Gefahr der Geburt eines kranken oder geistig minderwertigen Kindes zuzulassen. In allen diesen Fällen ist das „christliche“ Zentrum gegen die Abtreibung und für das Geborenwerden von berattigen Kindern.

Schließlich, nachdem noch der Ausschuss sich auf die Strafbarkeit der Abtreibung mit Mehrheit festgelegt hatte, beantragten die Demokraten, eine Straflosigkeit der Schwangeren in besonders

leichten Fällen auch bei vollendeter Abtreibung vorzusehen. Der Gesetzesentwurf läßt diese Straflosigkeit des besonders leichten Falles nur beim Abtreibungsversuch. Sie beantragten weiter in Uebereinstimmung mit den Sozialdemokraten, die Strafverfolgung der Abtreibung schon nach einem Jahre verjähren zu lassen. Zu diesem zweiten Antrag wurde ein Änderungsantrag gemacht, der angenommen, der die Verjährungsfrist auf zwei Jahre festsetzt. Mit dieser Änderung wurde dann der demokratische Antrag angenommen. Aber trotz dieser Erleichterungen für die Zukunft, wenn sie Gesetz werden sollten, bleibt nach dieser sogenannten Strafrechtsreform die Strafbarkeit der Abtreibung prinzipiell nach wie vor bestehen. Gegen sie gilt es, mehr noch als bisher die Massen der werktätigen Frauen zum Kampf aufzurufen.

Die revolutionäre Jugend gegen den Severing-Kurs!

(Eig. Bericht) Berlin, 12. Juni.

Bei der Weiterberatung des Innenetats sprach in der Reichstagskammer vom Dienstag der belannte Führer der proletarischen Jugend, Genosse Konrad Bientke, der in einer wichtigen, wirkungsvollen Rede Beispiele aus dem Severing'schen Unterdrückungs-herausgegebenen Jugendweibuch „Mein Genosse“, eines der künstlerisch wertvollsten Bücher, an verschiedenen Stellen zitiert worden. Auf manchen Seiten überwiegen die überdrückten Stellen die freigegebenen. Bientke erinnert weiter an das Verbot der Bücher „Dittobertag“ und „Barrikaden an der Ruhr“ sowie an das Verbot der Veröffentlichung der Beschlüsse des fünften Weltkongresses der kommunistischen Jugendinternationale. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Genosse Bientke ging dann noch auf die Frage

der Berufsschulen ein, in denen den Schülern und Schülerinnen die Zugehörigkeit zum kommunistischen Jugendverband verboten wird, weiterhin auf den Entzug der Fahrpreisermäßigung für den kommunistischen Jugendverband und seine Kinderorganisation „Jugendparteilich“ und sprach zum Schluß einen Antrag der kommunistischen Fraktion, fünf Millionen Mark zur Förderung des Turn- und Sportbundes einzusetzen und diese Summe lediglich den Arbeiterportverbänden zu geben, da von den bisher bewilligten Geldern die bürgerlichen Sportler den Hauptteil bekommen.

Innenminister Severing übergab in seiner Antwortrede die unangenehmen kommunistischen Angriffe und verbrachte um so mehr Zeit mit dem Lob auf den Jungdeutschen Orden, der sich „auf den Boden der Republik gestellt hat.“

Unerhörte Terrorurteile gegen die Opfer Zörgiebels

Berlin, 12. Juni. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte kamen wieder einige Prozesse wegen „Landfriedensbruchs“ und „Aufruhrs“, begangen am 1. und 2. Mai, zur Verhandlung. Im ersten Prozeß standen zehn Arbeiter vor Gericht, die am 1. und 2. Mai in der Köpflinger Straße verhaftet wurden. Unter ihnen befindet sich nur ein Mitglied des Roten-Frontkämpfer-Bundes, im übrigen sind sie sämtlich unorganisiert. Verurteilt sind 3 Arbeiter, teilweise aber auch Angestellte in kaufmännischen Betrieben und Kellner. Drei von ihnen befinden sich bis heute in Haft. Einstimmig sagen die Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Samter verteidigt werden, aus, daß sie von den plötzlichen Schieberen der Polizei in der Köpflinger Straße, am Kettelbeckplatz und in der Reindendorfer Straße einfach überfallen worden sind, und, um sich vor der sinnlosen Schiebererei zu retten, in die ersten besten Hausflure rannten. Bezeichnend für den Geist, der die schäblichsten Polizeioffiziere beherrscht, ist die Aussage des Angeklagten Seyer, der erzählt, wie er von der Belästigung eines Polizeilauten

sämtlich Anzeige wegen schwerer Körperverletzung, Bedrohung und Nötigung erstattet worden ist. Auf die Frage des Verteidigers, ob der erste Zeuge, Polizeimajor Blall, Leute gesehen habe, die auf die Polizei schossen, muß der Zeuge mit einem eindeutigen „Nein“ antworten. Rechtsanwält Samter hält ihm entgegen, daß dann also die Polizei blindlings ins Dunkle geschossen habe, worauf der Zeuge antwortet, daß Dachschüssen die Polizei beschossen hätten. Rechtsanwält Samter verweist bei dieser Antwort auf ein Sachverständigenurteil, wonach das Mündungsfeuer Weinalbrüger Waffen auf größere Entfernungen nicht sichtbar ist, außerdem sei es unmöglich, Einschläge der Geschosse, wie sie der Zeuge gesehen haben will, festzustellen, da in der Nacht keinerlei Laternen gebrannt hätten.

Der ganze Prozeß ist nichts mehr, als eine erneute Anklage nicht gegen die Arbeiter, die sich gegen die entsetzlichen Untaten der Polizei zur Wehr setzten, sondern eine einzige Anklage gegen das herrschende Polizeisystem.

Trotz dieser Tatsachen kam das Gericht zu unerhörten Urteilen: Der Angeklagte Jakobus wurde wegen „Landfriedensbruchs, Aufruhrs und Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu einem Jahre Gefängnis, sechs weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von drei bis zehn Monaten verurteilt. Drei Angeklagte mußten freigesprochen werden, weil bei ihnen beim besten — richtiger — Schlichtesten — Willen kein Zusammenhang mit den Kämpfen zusammenkonstruiert werden konnte.

Jungpioniere, die gleichzeitig Berliner Arbeiterkinder für ihr Ferienlager einladen, Teilnehmern der Lenin'schule im Textilzentrum der Sowjetunion in Gwanowo-Wolozhens.

In Begrüßungsschreiben sind eingelaufen von: Bund schaffender Landwirte, Ostpreußen und Erzgebirge-Vogtland, Allgemeiner Schweizerbund Waldheim, Landarbeiterverband Griebstein-Ehrenberg, Arbeiterportverein Ehrenberg, Arbeiter-Speranto-Bund Dresden und Umgegend, Bezirksarbeitslosen-ausschuss für die Wasserlande, Landesausschuss der Erwerbslosen im Freistaat Sachsen, Schiffs- und Kesselreiniger von Hamburg und Altona (der Brief trägt 650 selbstgeleistete Unterschriften), Genossen der Presto-Werke Chemnitz, Arbeiterrat der Patentpapierfabrik in Penzig (Sachsen), die Belegschaften des Röhlinger-Reviere Wandleben, der Belegschaft der Firma Karl Brandt, Baustelle Hofstenplatz in Hamburg, RFD, Ortsgruppe Gleiwitz, dem Roten Treffen Raffenburg in Ostpreußen, Zelle Nr. 8 (Stubbenhud) des Hafens, Bezirk Wasserlande, Frauenkonferenz Schlefien.

Ferner erhielt der Parteitag folgende Mitteilung: „Nach eingehender Aussprache über den Magdeburger Parteitag und die Schandtat Zörgiebels in Berlin hat die Mehrheit der Ortsgruppe Daun in der Eifel, unter Führung des Kreisleiters Hartmann beschlossen, aus der SPD. auszutreten und den Anschluß an die SPD. zu vollziehen.“

„Eine beschämende Tatsache“

SPD-Abgeordnete und Panzerkreuzer
In der „linken“ sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ wird jetzt offen zugegeben, daß der sozialdemokratische Pressebienst bei seiner Berichterstattung über die Abstimmung des kommunistischen Streichungsantrages der zweiten Panzerkreuzerabte im Haushaltsausschuss sich eher bewußten Lüge bedient hat, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Sozialdemokraten Schöpflin-Karlsruhe, Eggerstädt-Kiel und Hünlich-Wilhelmshaven offen für den Bau des Panzerkreuzers gestimmt haben. Die „Chemnitzer Volksstimme“ äußert dazu:

„Der SPD-Pressebienst hatte gemeldet, daß die sozialdemokratischen Vertreter für den kommunistischen Streichungsantrag gestimmt hätten, während die Telegraphen-Union behauptete, daß der Antrag nur deshalb zu Fall gekommen ist, weil sich drei Sozialdemokraten der Stimme enthalten hätten. Der sozialdemokratische Pressebienst hat es nicht für nötig gefunden, Aufklärung über diesen sonderbaren Widerspruch zu geben. Nach unseren Ermittlungen müssen wir leider die Beschlüsse der Tatsache verzeichnen, daß die Meldung der TU auf Wahrheit beruht.“

Wobei nur noch zu bemerken ist, daß auch die Meldung der TU nicht den Tatsachen entspricht; denn die drei erwähnten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben sich nicht nur der Stimme enthalten, sondern ausdrücklich gegen den kommunistischen Antrag gestimmt.

Die Massen grüßen den Reichsparteitag

Die Verhandlungen des 12. Parteitages der SPD. werden von den Betriebsarbeitern und den Massenorganisationen mit großem Interesse verfolgt. Die innige Verbundenheit der Partei mit den Massen kommt deutlich in den vielen Begrüßungsschreiben und Telegrammen zum Ausdruck, die aus allen Teilen Deutschlands an den Reichsparteitag gesandt wurden.

Telegramme sind eingelaufen von: Mitgliedern der Belegschaft der Daimler-Benz-Werke in Sindelfingen (Württemberg), Arbeitern der Atlas-Werke in Bremen, Arbeiterrat der Zinnwerke, Wilhelmshagen, Arbeitern der A. G. Weser in Bremen, der Belegschaft der Luftgrube in Jaborge OS., Internationales Seemannslub in Bremen, Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenker und Feuerbestattung, Ortsgruppe Bonn, der Belegschaft der Webung und der Arbeiterzeitung, Bremen, Betriebszelle Kaetzer, Zeil, den Bergarbeitern des Ruhrgebietes aus folgenden Schachtanlagen: Zollvereinschächte 4, 5, 11, Zeche Rheinhafen und Prosper II, Friedrich der Große, Vereinigte Welheim und Präsident 1, 4, der Konferenz oppositioneller Eisenbahnerfunktionäre für Oberschlesien und Schlefien, Zentralverein für Arbeiterport aus Lauter (Erzgebirge), der großen Antikonfordatlung des Verbandes für Freidenker und Feuerbestattung in Garmisch (Ruhrgebiet). Diese Kundgebung wurde von der Polizei blutig auseinandergetrieben. Ferner von den vielen Tausend Teilnehmern an den roten Treffen für Hessen, Frankfurt in Offenbach, für Pommern in Stettin, für Magdeburg-Anhalt in Staßfurt, einem Massenmeeting der Moskauer Arbeiterchaft, bei dem 45 000 Proletarier aufmarschierten und eine feierliche Begrüßungsadresse beschloßen. Ferner von der Belegschaft der Beteiligter Oelfabriken in Bremen, der Betriebszelle Gwald, Düsseldorf, des RFD, Gau Saargebiet, einer Massendemonstration in Gesehacht bei Hamburg, allen Ortsgruppen des UB. Garmisch der JAH., Funktionärskonferenz der Roten Hilfe Erzgebirge-Vogtland, Mitgliedern des verbotenen RFD. Garmisch, Vereinigung Ruhmacht, Groß-Garmisch, einem proletarischen Gefangenen aus Hamburg, einer Mopr.-Versammlung des Rayons Krasnojarsk, Roten Frontkämpferbund Gau Saargebiet und Gau Danzig, Mitgliedern und Leitungsmittgliedern des durch Severing und Erzgrünfi verbotenen RFD. aus Halle-Merseburg, Bochum, Gau Nordwest, Stoppenberg, Gau Wasserlande, den Arbeitern der Zeche Karl-Alexander im Bezirk Lachen, dem Betriebsbahnbau Potsdamer Bahnhof, Berlin, einer

Demonstrationskundgebung der JAH. in Gesehacht bei Hamburg, einer Funktionärskonferenz der Roten Hilfe von Erzgebirge-Vogtland, allen Ortsgruppen der Internationalen Arbeiterhilfe im Unterbezirk Hamburg, der Thyssen-Zelle der August-Thyssen-Hütte Garmisch, dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Gau Ruhrgebiet, der Vereinigung „Ruhmacht“ in Garmisch, unseren politischen Gefangenen, die in Hamburg und in Hohensteinberg (Württemberg) hinter Kerkermauern schmachten, den Seeleuten des Internationalen Seemannslubs in Bremen, der Organisation der Moskauer

Eine gerichtsnotorische Feststellung:

Die weißgardistische Fälscherbande arbeitete mit Zörgiebel zusammen

Berlin, 12. Juni. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte findet ein Vorprozess gegen die Fälscherbanditen Drloff und Konforten statt. Drloff und der Agent Pawlanowitsch traten zunächst als Zeugen gegen den Angeklagten Rosmann auf, der des Dokumentenversteckens und der Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen zum Zweck des unlauteren Wettbewerbs angeklagt ist. Außerdem sind als Zeugen Stewert, Regierungsrat Bartels sowie die Kriminalassessoren Brackewitz und Lehmann erschienen. Die Anklage wurde auf Grund folgenden Sachverhalts erhoben: Stewert unterhielt seit 1924 ein Nachrichtenbüro unter dem Namen Dobro. Dorthin empfing er von Spitzeln Nachrichten, die sich vor allem auf die Sowjet-Union in militärischer und innerpolitischer Hinsicht bezogen. Der Zeuge Stewert kam durch die Ausnutzung derartiger Berichte in Verbindung mit allen Behörden, die sich für Ostfragen „interessieren“, und steht nach seinen Aussagen in besten Beziehungen zur Abteilung Ia des Polizeipräsidiums sowie zur Rüstungsindustrie, wie die Firmen Krupp und Thyssen. Der Angeklagte Rosmann, Sohn eines früheren Polizeipräsidenten von Riga, war als Sekretär in Stewerts Dienst, und die Anklage wirt ihm

vor, Dokumente zur Wäscherei und zum Photographieren an die Drloff-Banden weitergegeben zu haben. Im Verlauf der Verhandlung ergibt sich die sensationelle Tatsache, daß Pawlanowitsch, der sich auch Sumarokow nannte, in Wirklichkeit Kariow zu heißen sorgt, mit Stewert zusammengearbeitet hat, und diesem einen ganzen Koffer gefälschter russischer Dokumente übergab. Pawlanowitsch, alias Sumarokow, alias Kariow, arbeitete also, wie viele Spitzel, nach zwei Seiten. Bezeichnenderweise erfuhr Stewert durch die Polizei, die das Material bei Drloff beschlagnahmte, erst von dem angeblichen Doppelagenten Pawlanowitsch, und im Zusammenhang damit wurde dann die Anklage gegen Rosmann erhoben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Rosmann ein Monat Gefängnis.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß wir eindeutig die Zusammenarbeit zwischen den weißgardistischen Dokumentenfälschern und der politischen Polizei des Herrn Zörgiebel nachweisen können. Auch die Art, in der dieser Prozeß gegen Rosmann durchgeführt wurde, bezeugt, daß die Behörden alles tun werden, um diese Zusammenhänge zu vertuschen.

SPD = Dreckspritze gegen den Parteitag

„Thälmann kaltgestellt“, „Bied seiner Funktionen enthoben“, die Zeitung innerhalb der kommunistischen Partei nimmt ihren Fortgang. — So lobte und heute es Wochen hindurch vor dem 12. Parteitag durch die Presse der Sozialdemokratie. Da dem kommunistischen Gegner mit sachlichen Argumenten nicht zuzukommen war, mußte die dümmste Lüge zur Dege dienen. Der 12. Parteitag ist ein gewisses Thälmann, Bied und viele andere, die vom „Sozialdemokratischen Pressebüro“, tot gelagt waren, nehmen sich an den Verhandlungen des Parteitages teil. Die Dege — hemmunglos entschuldigt — ist rettungslos in der proletarischen Öffentlichkeit der Öffentlichkeit verfallen. Da die kommunistische Partei keinerlei Ursachen hat, die Berichte ihres Parteitages vor der gesamten Arbeiterschaft zu veröffentlichen, bleibt den armen Hanswurst nur eines, mit neuen, niederträchtigen Verleumdungen und Gemeinheiten zu arbeiten.

Da der „Vorwärts“ politisch zu dem Referat des Genossen Thälmann auf dem Parteitag nichts zu sagen hat, erschießt sich Stammpfer ganz Weisheit in der „geistreichen“ Ueberschrift „Lob des Sechsstunden-Rennens“. Die maßloseste Gemeinheit aber leistet sich die „Leipziger Volkszeitung“, das Zentralorgan der „linken“ revolutionären Sozialdemokratie, die unter der Ueberschrift „Die Toten auf Urlaub — Zum Parteitag der Kommunisten“ schreibt:

„Die Kommunisten sind nur Tote auf Urlaub! So erklärte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bied auf einer Kundgebung, die als Einleitung zum kommunistischen Parteitag am Sonnabend im Berliner Sportpalast stattgefunden hat. Wilhelm Bied gehört nicht zu den Toten auf Urlaub. Dieses Schicksal ist immer nur den kommunistischen Arbeitern bestimmt.“

Welch ein Maß von Gefinnungsgemeinheit gehört dazu, einen der herrlichsten Sätze revolutionärer Tradition und revolutionären Wertes in so niedriger Weise in den Schmutz der sozialdemokratischen Gasse zu ziehen. „Wir Kommunisten sind ja doch nur Tote auf Urlaub“, ist jenes herrliche, unvergängliche Wort, das am 4. Juni 1919 Eugen

Levin seinen Münchener Klassenrichtern ins Gesicht schleuderte. Jener Eugen Leviné, der wenige Tage später, vor nunmehr zehn Jahren, der Kugel der Konterrevolution zum Opfer fiel. Unser Genosse Bied verwendete jenes Wort, als er einige würdige Worte zum Todestag des großen Führers der Bayerischen Republik im Berliner Sportpalast sprach. Die Sprache der „Leipziger Volkszeitung“ ist die Sprache des „Vorwärts“ von 1919, der in seinem berühmten Blatt „Tausend Tote in einer Kellerei“, Karl, Kadel und Rosa, es ist leiner dabei“ das Blut Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts forderte und von der Konterrevolution erhielt. Selten haben sich die „linken“ Helden Sachsen so als dieselben Mordheer wie die sogenannten rechten Kumpane ihrer Partei entlarvt, wie in diesem Ausspruch der „Leipziger Volkszeitung“.

Nicht ein Wort, nicht ein Gedanke sachlicher Natur ist in der gesamten sozialdemokratischen Presse über den Parteitag zu finden. Ganz anders war die kommunistische Berichterstattung über den Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie. Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der etwas von den wirklichen Vorgängen über die Magdeburger Verhandlungen erfahren wollte, war angezogen der unerschämten Verfälschungen der sozialdemokratischen Presse über ihren eigenen Parteitag darauf angewiesen, ja gezwungen, die kommunistische Presse zu verfolgen. Nur in der kommunistischen Presse konnte sich der sozialdemokratische Arbeiter über den Verlauf des Magdeburger Parteitages der SPD informieren. Umgekehrt ist es so, daß die sozialdemokratische Presse nicht wagt, über den Verlauf des kommunistischen Parteitages sachlich zu berichten. Sie muß zu den von uns angeführten Zusammenfassungen, um die sozialdemokratischen Arbeiter über die wirklichen Ziele der kommunistischen Partei zu täuschen. Wer die sozialdemokratische Presse täuscht nur sich selbst, denn angezogen einer solchen Berichterstattung wird jeder sozialdemokratische Arbeiter begreifen, daß der Todfeind der Sozialdemokratie nicht die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist, mit der sie in trüger Koalitionsgemeinschaft lebt, sondern daß der einzige Feind, den die sozialdemokratischen Führer kennen, der Kommunismus ist.

„Pravda“ glaubt, daß die Erklärung Wangschengting von einem Kampf innerhalb der Nanjing-Regierung von einem Wangschengting spricht, was den Wunsch aus, die gegenwärtige Spannung zu überwinden, macht jedoch gewöhnlich Elementen der Nanjing-Regierung zuliebe, den unangebrachten Versuch — allerdings in verfeinerter Form — die Charkiner Ereignisse mit der Tätigkeit der III. Internationale in Verbindung zu bringen. Nach Behauptung der Charkiner, Scharok Solmes habe die Komintern versucht, ihren Stab in die Kellerräume des Charkiner Konsulats zu verlegen (1). Die „Pravda“ weist darauf hin, wenn die Nanjing-Regierung die Spannung zwischen ihr und der Sowjetregierung überwinden wolle, so werde sie sich in erster Linie zur Beseitigung jener so weitestgehenden Elemente entschließen müssen, die nach den Behauptungen eines der Nanjing-er einflussreichen Kreise maßgebend am amerikanischen Organ, „China Weekly Review“, ihre „Infiltration“ zu überfallen auf das Sowjetkonsulat aus englischen Geheimorganen schöpften, die mit Wissen und vielleicht mit völliger Zustimmung und finanzieller Unterstützung der Konserativen Regierung handelten.

Sowjetunion duldet keine Korruption

Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das oberste Gericht einen Vertreter der deutschen Firma Gabe, die in der Sowjetunion Feuerlöcher vertrieb, zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Vertreter wurde beschuldigt, zwei Ingenieure einer Firma mit etwa 8000 Mark bestochen zu haben, um Aufträge für die Firma herbeizuführen. Die Ingenieure erhielten je 1 Jahr Gefängnis.

Majestätsbeleidigung

Belgrad, 11. Juni. Wegen „Majestätsbeleidigung“, die darin bestand, daß oppositionelle Rechtsanwälte der Agrar-Kammer sich weigerten, ein Telegramm an den serbischen König zu senden, wurden 16 serbische Rechtsanwälte verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich der frühere kroatische Abgeordnete Dr. Bernar, der seinerzeit beim Attentat auf den Kroatenführer Raditsch in der Stupschina verwundet wurde.

Pilsudski provoziert

Ministerpräsident Switalski hat den früheren Finanzminister Czechowicz, gegen den das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof schwebt, zum Mitglied des Finanzkomitees beim Ministerpräsidenten ernannt.

Ein „deutscher“ Mann

Vor dem Schöffengericht in Leipzig wurde wegen Betrug und Untunterscheidung der Expeditoren und Tambour der Staphelmappelle, Willi Albrecht, zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte, ohne überhaupt in der Lage zu sein, Wohnungen zu vermitteln, in Zeitungen Inserate aufgegeben, daß er Wohnungen und Wohnungsaustausch gegen entsprechendes Entgelt vermitteln würde. Auf diese Weise brachte er in vier Fällen durchaus nicht sehr begüterte Familien im Summen bis 1500 Mark, die er als Kostenvorschuß und Abfindung aus ihnen herauslockte. Ein wahrhaft „deutscher“ Mann aus den Kreisen der „Volksreueverer“.

Ein Todesurteil bestätigt

Leipzig, 12. Juni. Am 29. Januar 1929 verurteilte das Schwurgericht Limburg den Kaufmann Jakob Schardt aus Hitzschbach, der am 29. März 1928 die Witwe Lina Ortman mit Schuß verunglückt hatte, um sich in den Besitz des Sterbegeldes des einzigen Zeit vorher gestorbenen Ehemannes der Ortman zu setzen, zum Tode. Gegen dieses Urteil hatte Schardt Revision eingelegt, die jedoch der erste Strafsenat des Reichsgerichts verworfen hat.

Aufreubr nach dem Mordprozess

Warum das Volk von Limoges Justiz gegen Justiz forderte

In Limoges (Frankreich) ist es in den letzten Tagen zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Militär auf der einen und Arbeitern auf der anderen Seite gekommen, in deren Verlauf es ca. 500 Verletzte gab.

Wir entnehmen der „Berliner am Morgen“: Hundert Verletzte, vierzig Verhaftete, ein Gefängnisdirektor und zwei Wachmeister vom Dienst enthoben, der Doppelmörder Barataud zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, hingegen die ganze französische Justiz an den Pranger gestellt: Das ist die Bilanz dieses Sensationsprozesses, über den wir ausführlich berichtet haben.

Die Verhandlung hat keine Klarheit gebracht. Man wollte auch keine haben. Man gab sich mit der Annahme zufrieden, daß es sich um einen verbotenen, in Geldnot befindlichen Industriellen handelte, der einen Raubmord beging, einen zweiten vorbereitete, und einen unheimlichen Zeugen um die Ecke brachte. Barataud operierte fortwährend mit einem geheimnisvollen Hauptteilnehmer, der den Mord an dem Chauffeur ausgeführt haben sollte. Sollen Glauben verdient diese Verantwortung wohl nicht, aber jedem, der der Verhandlung beiwohnte, war es klar, daß in die Mordaffäre noch andere verwickelt sind, und daß das Gericht den wahren Sachverhalt nicht an den Tag kommen lassen wollte.

Schon bei der Zusammenführung des Gerichtshofes ergaben sich Schwierigkeiten. Einer nach dem anderen entschuldigte sich — aus irgendeinem Grunde — in Wirklichkeit deshalb, weil sie alle dem Freundeskreis des Mörders angehörten. So mußte der Vorsitzende schließlich zwei in Kriminalangelegenheiten ganz unerfahrene Richter mit der Führung der Verhandlung betrauen.

In der Verhandlung selbst konnte der Vorsitzende Leyregeol nicht oft genug seine Sympathien für „die unglückliche Familie Barataud“ zum Ausdruck bringen. Aber er schob auch alle Zeugen beiseite, welche die Angelegenheit durch ihre Aussagen hätten komplizieren können. Dort wo die Spuren des Doppelmordes zu anderen, in Dunkelheit gebliebenen Persönlichkeiten führten, verfolgte man sie nicht weiter. Unter dem in dichten Scharen vor dem Gerichtsgelände angekommenen Publikum wurden immer wieder Namen genannt und die volle Aufklärung der geheimnisvollen Angelegenheit verlangt. Der Vorsitzende bemühte sich, die Verhandlung im Tempo einer Hejrag durchzuführen. Vor 6 Uhr machte er immer Feierabend, auch wenn dabei die wichtigsten Zeugenaussagen unterbrochen werden mußten. Er wollte nämlich die Verhandlung schließen, bevor die Arbeiter von Limoges ihre Werkstätten verlassen. Das geschieht an den gewöhnlichen Werktagen immer um 6 Uhr. Am Sonnabend, wo früher Betriebsstillstand ist, beendet der Vorsitzende die Verhandlung um 2 Uhr.

Ein charakteristisches Bild der sogenannten „guten Gesellschaft“ entrollte sich durch die Feststellung, daß der kaum 18-jährige Begnet der Geliebte Baratauds, zugleich auch Liebhaber der Frau Bregl, der Gattin des angeklagten Kindes von Limoges, war.

Frau Bregl kannte die homöopathische Schwäche ihres Liebhabers sehr gut. Sie führte zwar einen Kampf um die Alleinbesitzschaft über den jungen Mann, hatte aber nichts dagegen, daß er die von Barataud erhaltenen Summen für ihren Toilettenaufwand verwendete.

Der wahre Grund der tiefgehenden Empörung des Volkes von Limoges liegt also nicht darin, daß Barataud nur zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, sondern, daß immer wieder wieder irrtümliche Verurteilungen von vorgeworbenen wurden, um andere Mittel aus der vornehmen Gesellschaft von Limoges zu beschaffen. Während Kämpfer für das proletarische Recht, wie Marx, in den Keller wandern müssen, leidet die französische Klassenjustiz schändliche Heffehienne, wenn es gilt, Verbrecher aus „guten Kreisen“ der Verantwortung zu entziehen.

Mörder Fuller will seine „Ghre“ reparieren

Moskau, 12. Juni. In Boston hat der in der amerikanischen Öffentlichkeit mit Spannung erwartete Prozess begonnen, in dem auf Initiative der roten Hilfe Mexikas der ganze Sacco-Banzetti-Fall vor der Öffentlichkeit auf neue aufgeweckt werden soll. Angeklagt sind der kommunistische Funktionär Harry Carter wegen „verbrecherischer Verleumdung“ des Gouverneurs Fuller. Carter hatte in einer Bostoner Demonstration ein Schild

getragen: „Fuller, der Mörder Saccos und Banzettis.“ Dieses Schild ist Gegenstand der Anklage. Unter dem Druck der roten-Hilfe-Propaganda mußte der ursprünglich schon früher angelegte Prozess vertagt werden, um Fuller und zahlreiche andere am Mord an Sacco und Banzetti beteiligte Persönlichkeiten aus Massachusetts als Zeugen zu laden. Die jetzt eröffnete Verhandlung begann damit, daß der Richter Robert Raymond, entschied, daß der Wahrheitsbeweis, den Carter für seine Behauptung, daß Fuller ein Mörder sei, erbringen wollte, nicht zulässig (!) sei. Die Verteidigung appellierte und führte als ersten ihrer Zeugen den langjährigen Rechtsanwält Saccos und Banzettis, Thompson, vor.

Sowjetunion — China

Moskau, 12. Juni. Die „Pravda“ veröffentlicht eine Erklärung des Außenministers der Nanjing-Regierung, Wangschengting, wonach die Durchsuchung im Charkiner Konsulat ohne Wissen der Nanjing-Regierung vorgenommen worden sei. Die

Die IAG. im Textilarbeiterkampf!



Über 1000 Paete wurden in Landesbus und anderen Textilarbeiterorten verteilt. Die ersten Kindertransporte werden in den nächsten Tagen mobilisiert. Die Ortsgruppe Breslau der IAG. beschloß, sofort 20 Kinder aus dem Streikgebiet in Breslau in Einzelpflege unterzubringen. Die tschechische IAG. hat bereits Vorzüge getroffen, über 100 Kinder in Dresden, Leipzig und Umgebung unterzubringen. Die Berliner Organisation stellt ihr Kinderheim in Wernauchen für einen Transport zur Verfügung.

Überall im Reich sind die Helfer der IAG. am Werke, um Mittel für die ausgescherrten und kreisenden Textilarbeiter auszubringen. Die im Laufe dieser Woche vorgehenden Unterstützungen reichen bei weitem nicht aus, um eine wirkliche tatkraftige Hilfe durchzuführen. Bei Fortdauer des Streiks und der Aussperrung müssen noch im Laufe dieser Woche Kinder errichtet werden. Die Mittel dazu müssen die Klassenbewußten Arbeiter aufbringen. Gewiss müssen alle menschlich denkenden Werktätigen gemeinsam mit der IAG. alles daran setzen, um den seit Jahrzehnten darbenenden schließlichen Webern zu zeigen, daß alle Herzen des Proletariats, der werktätigen Hand- und Fußarbeiter, daran arbeiten, um Mittel zu schaffen, damit die Kampffront ungebrochen bleibt, um zumindest die minimalen Lohnforderungen durchzusetzen. Mit den ausgescherrten Webern und Weberinnen hungern 100.000 Kinder. Nicht nur das elende Wohn-

verhältnis kann den Nachwuchs gefährden, Hunger und Krankheit dezimieren in erschreckendem Maße diese Jugend.

Helf! Unterstützt das Hilfswerk der IAG! Stärkt die Kampffront aller Schaffenden! Ihr unterstützt die gerechten Forderungen der kämpfenden Weber!

Die Landeskonferenz des Bezirks Schlesien der IAG.

Erster Vorf. Dr. Simon, Rechtsanwalt

Zur Nachahmung! Der erwerbslose Genosse Karstedt in Erfurt sammelte an einem Tage auf der Sammelliste Nr. 1464 für die schlesischen Weber 3970 Mark. Bravo!

Helft den Textilarbeiterkindern!

Die Löhne der schlesischen Textilarbeiter sind Hungerlöhne, ihr Dasein — ein Hungerdasein. Besonders zu leiden haben darunter die Kinder der Textilarbeiter.

Selbst der „Vorwärts“, das Organ der Partei, die für Beibehaltung der bestehenden Hungerlöhne eintritt, war gezwungen, grauenregende Feststellungen über die Not der Weberkinder zu machen. Eine Untersuchung an 2400 Kindern im Landeshuter Kreis hatte folgendes Ergebnis:
Kein eigenes Bett hatten 1465 Kinder.
In Wohnungen aus einem Raum lebten 1950 Kinder.
Ohne Frühstück kamen zur Schule 200 Kinder.
Nur ein Hemd besaßen 142 Kinder.
Nur ein Paar Schuhe haben 1165 Kinder.
Keinen Mantel haben 572 Kinder.
Unternährt sind 50 Prozent.
Schwer rachitisch sind 15 Prozent.
An Malaria leiden 32 Prozent.

Die Notlage der Textilarbeiterkinder in Schlesien hat infolge des Aussperrungskampfes katastrophal verschlechtert.

Diesen Kindern muß geholfen werden!

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, Landesbezirke Schlesien und Oberschlesien, fordern alle diejenigen, die gewillt sind, ein oder mehrere Textilarbeiterkinder für einige Zeit in Kost und Pflege zu nehmen, auf, Adressen den IAG-Sekretariaten zu senden. Zuschriften sind zu richten an Max Vogel, Breslau, Freiheitsgasse 2, oder an Erwald Marschall, Duppeln, Bleichstraße 10

Die „beleidigte“ Reichswehr

Die Carlswälder Reichswehr ist wieder einmal in ihrer „Ehre“ gekränkt worden, und zwar diesmal durch einen Damenschneider...

Der Staatsanwalt beantragte wegen öffentlicher Beleidigung eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Angeklagte führte aus, daß die Bezeichnung „Koste“ im Volksmund gang und gäbe sei...

Außer Magistrat hat schon Sorgen...

Einer Meldung der Morgenpresse entnehmen wir: Am 15. November 1932 vollendet Gerhart Hauptmann das 70. Lebensjahr...

Selbstmord auf den Schienen

Am Mittwoch gegen 12 Uhr wurde an der Posener Eisenbahnstraße die Leiche einer unbekanntem weiblichen Person gefunden...

Lebensrettung durch ein Kind. Am Mittwoch um 15,40 Uhr pärgte an der Eisenbahnstraße der achtjährige Günther Potusch...

Das Klagebuch des „Kämpfers“, das wir gestern veröffentlichten, wird, wie man uns mitteilt, nicht nur in Schreibeblättern angefertigt...

Straßenbahn und Omnibus verkehren früher. Mit Rücksicht auf die früher gelegten Verlaufsstellen der Großmarkthalle in den Sommermonaten verkehrt mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres ein Frühwagen...

Den Zeitkartenfahrern der Linie 18 ist gestattet, in Richtung Zimpel die Linie 9 bereits ab Ohlauer Straße Ecke Taschenstraße, ebenso den Zeitkartenfahrern der Linie 9, die Linie 18 ab Taschenstraße Ecke Ohlauer Straße in Richtung Zimpel zu benutzen...

Die Sekretärin des Prälaten

von Albert Daudistel (Nachdruck verboten)

Und er trank und trank vom schwersten Wein. Dann setzte er sich an ein Tischchen, das allein in einer Nische stand, legte, um zu zeigen, daß er nicht gestört sein wollte, sein Notizbüchlein vor sich und trällerte vorlaut in einem fort:

Sanct Joseph, Sanct Joseph, Ich bin ein armer Mann... Alle schmunzeln über ihn, heimlich. Die Frau des Gastgebers jedoch kam lächelnd an ihn heran und neckte: „Ja, Herr Prälat, der Wein war schwer!“

Als er am nächsten Morgen sehr früh sein Zimmer bei den „Frauen Schwestern“ verließ, löste sich auf dem Korridor aus einer Gruppe Nonnen, die da miteinander getuschelt hatte, die Oberin und kam auf ihn zu mit den Worten: „Was war denn das heute Nacht? Herr Prälat schrie auf einmal so...“

Vertraut, aber dennoch lächelnd, forschte er: „Was denn, Schwester, rief ich?“ — Sie sagte: „Die Schwester der Waise verhandelt es nicht; als sie hingekam, waren Sie wieder still!“ — Der Prälat erwiderte: „Vielleicht habe ich geträumt...“

Ja, trotzdem er doch alle seine Willenskräfte anwandte, um sein Seelenleid zu beherrschen, hatte in jener Nacht das unterdrückte Verlangen nach Liebe, während er schlief, die ganze Sinnlichkeit aufgewühlt, zu der sein spitzfindiger Verstand überhaupt fähig war. Und als er auf einmal erwachte, und ihm all das bewußt wurde, was er so im Träumen erlebte, da schrie er aus Empörung: „Wenn Gott mir verzeihen würde, zu lieben, und ich täte es dennoch, dann wäre es Sünde! Weshalb also diese Dual? Ich wollte, ich hätte kein Herz mehr...“

Am jenem Morgen fühlte er die Stille, die da noch in seinem Büro herrschte, unheimlicher als je zuvor. Er legte seinen Mantel und seinen Hut nicht ab; er setzte sich sofort an seinen Schreibtisch

Der heutigen Stadtverordnetenversammlung liegt eins von dem Genossen Stadtrat Ammon eingebrachte Magistratsvorlage über die Beschaffung neuer Notstandsarbeit vor. In der Begründung dieser Vorlage heißt es:

„Die in unserer Stadt in besonders starkem Maße sich zeigende Arbeitslosigkeit wird infolge der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage noch längere Zeit anhalten. Am 15. Mai waren 80 764 arbeitssuchende Personen vorhanden, das sind bei einer Einwohnerzahl von Ende April — von 807 882 — 8 Prozent. Außerdem müssen von dem Wohlfahrtsamt 8700 Personen, die wegen Erreichung der Höchstdauer aus der Arbeitslosenfürsorge bzw. Strichfürsorge ausgeschoben sind, unterstützt werden. Die zur Ausführung vorgezeichneten Notstandsarbeiten umfassen 34 984 Tagewerke. Aus Mitteln der Reichsanstalt für W.W. ist eine Grundförderung von 8 Mark für je ein Tagewerk als Zuschuß zu erwarten. Ferner sind schon jetzt veranschlagte Förderungen aus Mitteln des Reiches und Landes je zur Hälfte zugesagt worden, die nur durch die Hilfe gegeben werden. Das Landesbauamt ist inzwischen ersucht worden, zu den anerkannten Notstandsarbeiten

Note Presse-Fahrt:

Ein zweiter Dampfer notwendig

Wir können heute bereits unseren Lesern mitteilen, daß sich die von der „Arbeiter-Zeitung“ für Sonntag arrangierte Dampferfahrt nach Pleischwitz-Margareth des größten Zuspruches aus allen Kreisen der Breslauer Arbeiterschaft erfreut. Die Nachfrage nach Karten ist so stark, daß wir uns veranlaßt gesehen haben, einen zweiten Dampfer einzusetzen. Es ist dringend zu empfehlen, daß sich alle, die sich noch an der Fahrt beteiligen wollen, sofort heute an die Kolporteurs der „Arbeiter-Zeitung“ wenden, um in den Besitz einer Karte zu gelangen. Sollten bei den Kolporteurs keine Karten mehr zu haben sein, so empfiehlt es sich, am Sonntag rechtzeitig an der Dampferanlegestelle an der Freiheitsbrücke zu sein, da dort die restlichen Karten zum Verkauf gelangen. Der Fahrpreis beträgt hin und zurück eine Mark, Kinder (über 7 Jahre) 25 Pfennig. Die Dampfer fahren bis oberhalb Pleischwitz, von dort geht es in

möglichst viel von dem Wohlfahrtsamt unterstützt, aus der Arbeitslosenfürsorge ausgeschleuerte Arbeitslose zuzulassen, doch muß für diese Arbeitskräfte das Wohlfahrtsamt die Grundförderung übernehmen; dabei bleibt der Vorteil, daß der Träger der Maßnahme auch für diese Kräfte die verstärkte Förderung erhält.“

Mit dem neuen Notstandsprogramm, das 718 570 Mark Gesamtkosten verursacht, von denen 104 802 Mark durch die sogenannte „Grundförderung“ der Reichsanstalt, 284 874 Mark als Darlehen und 328 894 Mark durch städtische Zuschüsse aufgebracht werden müssen, sollen u. a. folgende Arbeiten verrichtet werden: Herstellung von Gräben und Wegen, Dämmen und neuen Landflächen auf den Rieselfeldern in Osch, Rarnern und Weidenhof (11 750-Tagewerke); Erweiterungsbauanlagen im Sportpark Leebenthal (4840 Tagewerke); Arbeiten auf den Friedhöfen in Gröbchen und Döwig (6100 Tagewerke) usw.

Mit den neuen Notstandsarbeiten soll sofort begonnen werden. Sie werden manchem jahrelang Erwerbslosen für einige Zeit über die bitterste Not hinweghelfen. Mehr als ein Nothelfer werden sie bei den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen aber nicht sein können.

Achtung, alle kommunistischen und alle mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden Eisenbahner kommen bestimmt zur Konferenz am Sonntag, dem 16. Juni, nach Breslau.

Merkwürdige „Wohlfahrtsprüfung“. Ein Leser teilt uns mit: Ich habe beim Wohlfahrtsamt Antrag und Schube für meine zehnjährige Tochter beantragt und habe die Sachen auch erhalten. Nachdem ich vier Wochen im Besitz der Sachen war, schickt mir das Wohlfahrtsamt eine Vorladung. Ich ging hin. Dort wurde mir gesagt, daß ich einen Antrag auf Sachen gestellt habe. Wenn ich die Sachen haben will, dann muß ich einen Teil dazu zahlen. Ich erklärte, daß ich bereits die Sachen habe. Daraufhin wurde mir gesagt, die Sache sei erledigt. Vierzehn Tage später kam der Pfleger zu mir und sagt: „Sie haben Sachen entnommen vom Wohlfahrtsamt und müssen die Hälfte zu zahlen.“ Beim Sachverhalten war davon nichts bekannt. Mir soll der Betrag in Raten abgezogen werden, wo ich jetzt 8 Mark monatlich weniger erhalte, als ich stempeln ging.

Auf Beschluß der städtischen Körperschaften ist der Fahrstuhlbetrieb im Wasserturm, Hohenzollernstraße, vorläufig eingestellt worden.

Am Sonnabend findet im „Paradies“ in Oswitz proletarischer Frauen (RFMB) statt. Theateraufführungen, Tanz, diverse Ueberraschungen. Anfang 20 Uhr, Ende ??? Eintritt 60 Pfg., einschließlich Tanz.

einem ungefähr einstündigen Spaziergang durch den Wald zur Jungferntee-Quelle bei Kottwitz.

Als besondere Ueberraschung gelangen für die Teilnehmer der Dampferfahrt (die Karten sind numeriert, also auszuweisen!) einige nützliche Dinge zur Auslösung, ebenso wie beim Preisstiegen anprechernde Preise zu gewinnen sind. Bis jetzt kommen als Preise und Gewinne zur Verteilung: Ein Damen-Lodenkostüm, zwei Windjacken, ein Rollschinken, ein Radio-Apparat und vielerlei andere Gebrauchsgegenstände. Weiter können wir mitteilen, daß neben anderer Unterhaltung auch die „Noten-Milch“ durch ihr Auftreten zur Verschönerung des Tages beitragen werden. Für alle unsere Freunde und Leser ist die Lösung: Am Sonntag alles auf zur „Noten-Presse-Fahrt“!

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtblatt Ost, Straßengasse I. Heute Donnerstag 20 Uhr bei Soufflé. ... Kommunistischer Jugendverband: Freitag, Generalversammlung beider Gruppen im „Jugendheim“, ... Jung-Spartakus-Bund: Gruppe „Schottländer“, ... Konfige Organisationen: Arbeiter-Everants-Gruppe, Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal ...

(Schluß des redaktionellen Teils.) Die Möglichkeit, 500 Mark zu gewinnen, bietet das Johannistfest; auch 200 Mark und 50 Preise je 10 Mark sind zu gewinnen durch den Erwerb einer Wiegelarte für 10 Pf. Die auf dem Johannistfest aufgestellten automatischen Seiß-Personenwagen, die bei richtiger Benutzung sehr genau arbeiten, geben eine Wiegelarte aus, die zugleich ein Loos ist, durch welches der Besitzer an einer Verlosung teilnimmt, in der 1200 Mark ausgelost werden. Näheres sagen die Tageszeitungen und die „Johannistfestzeitung“.

und — blätterte und blätterte in Hast in einer jener Sammelmappen herum, in denen die Zeitungsartikel über den Abtreibungsparagraphen eingeklebt worden waren; dann begann er auf einmal flüsternd die Blätter der Sammelmappe zu zählen und — plötzlich las er sich laut eine beliebige Textstelle aus einem jener Zeitungsartikel vor. ... Aber gar bald kam die Minute, in der er mit einem Male aufhorchte, just so, als habe eben erst ein anderer in der Sammelmappe geblättert, dann flüsternd ihre Blätter gezählt, dann etwas vorgelesen. Ja, mit Schreden fragte er sich da auf einmal: „Was geht denn in mir vor!“ — Ist denn das wirklich möglich, daß ich mich so albern benehme?“ Aus einer unheimlichen Beängstigung heraus schob er die Sammelmappe hart zur Seite, erhob sich und ging sehr erregt hin und her: ihm war bewußt geworden, daß er sich, indem er sein Verstandesbedürfnis zu vergewaltigen versuchte, in der vergangenen Nacht bereits auf den Weg verirrt hatte, der hinunter in die Regionen führt, in denen die Verzweifeltsten haufen. Und da diese der mächtige Prälat plötzlich ganz still stehen und klagte ganz leise in die große Einfauleit, die seine Seele umgab: „Wäre ich noch so wie früher, meine Seele könnte diese höllische Gefangenschaft weiter ertragen, im guten Glauben, wenn auch in den Nächten alle Teufel an ihr nagen.“

Der Verfasser des am letzten Sonnabend abgeschlossenen Romans der „Arbeiter-Zeitung“.

Brennende Ruhr

bittet unsere Leser, ihm ihr Urteil über den Roman mitzuteilen. Der proletarische Schriftsteller schafft nicht für sich allein; seine Werke sind ein Ausdruck des Lebens der Arbeiterklasse, sind ein Teil dieses Lebens, aus dem heraus er immer wieder neue Anregungen schöpft. Dazu aber ist notwendig, daß die im bürgerlichen Schrifttum bestehende Trennung von Autor und Lesepublikum verschwindet und daß die proletarischen Leser dem proletarischen Autor ihre Meinung über sein Werk frei und ungeschminkt sagen. Nur so bekommt er die nötigen Aufschlüsse über Anforderungen, Geschmack, Wirkungsmöglichkeiten usw.

Also, lieber Leser, liebe Leserin! Setze dich heute hin und schreibe, was du über den Roman „Brennende Ruhr“ — der im Greifenverlag-Rudolstadt erschienen ist und kartoniert 5,80 Mark, gebunden 7,80 Mark kostet — denkst. Richtet deinen Brief an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, die für Weiterleitung der Antworten Sorge tragen wird.

Aber jetzt, da ich anders geworden bin, da ich in diesem politischen Kampfleben Erfolge auf Erfolge zu säumen mußte, kann ich nicht mehr im guten Glauben gegen meine arme Seele handeln; ich bin klug, ich bin schlau geworden; ich mußte so werden, wie ich nun bin, o Gott, o Gott!“ seufzte er und hielt mit beiden Händen seinen Kopf und schüttelte ihn zu seinem Schreibtisch und verbergte mit seinen Händen sein Antlitz und jammerte: „Ich kann mich nicht mehr von den Weibern jener Streber als der nützliche Narr behandeln lassen; meine Seele verblutet ja dabei.“ Er stützte sich lauernd am Schreibtisch und — da wimmerte auch schon seine gequälte Seele: „O, ich möchte mich an die Brust einer lieben Frau lehnen und weinen!“

Nach diesen Worten richtete er sich auf, klopfte mit der Faust auf seinen Schreibtisch und sagte bebend: „Ein Hund darf winkeln um liebevolle Behandlung, mir aber ist auch das nicht erlaubt! Aber“, sagte er plötzlich, „eine sympathische Dame darf ich hier doch bel mir haben; jomax ist erlaubt! Und ich werde, wenn sie freundlich zu mir ist und sich ein wenig nach meiner Seele umsieht, mich mit ihrer aufrichtigen Freundschaft begnügen... Und, und...“ Bevor er noch zu Ende sprechen konnte, öffnete sich die Tür und herein kam seine Sekretärin, grüßte und erklärte: „Die Stange der Straßenbahn ist oben vom Draht abgerutscht; deshalb komme ich zu spät.“

Der Prälat erwiderte, indem er seinen Mantel ablegte: „Ich bin auch eben erst gekommen...“ Damit wollte er sagen: „Ich bin jetzt endlich zu mir selbst gekommen; ich muß und werde nun Dich abtrotzen lassen...“ Diese Gedanken verbergte er hinter seinem Lächeln und sagte: „Jetzt muß ich anfangen, anfangen; wir müssen jetzt anfangen, alle, alle!“

Der Prälat war immerhin seiner jener armenjügeligen Deuchler, anstatt sich an dem Schönen jeder Art geistig zu verlieren oder zu erschöpfen, nur (heimlich aber gar frech) ihre großen Gefühle daran befruchtigen. Der Prälat verabscheute es auch, sich beide Nasenlöcher mit Schnupftabak vollzustopfen; eine derartige psychologisch verlogene Demonstration der Genugtuung überließ er den unzufriedenen berufsmäßigen Frömmelern. Er roch lieber an seinen Blumen, benutzte niemand als er oder seine alte Mutter Seele verlassen hatte. Der Prälat war einer jener Prominenten, die sehr selten sind: in deren Seelen, trotz des großen Teiles Glück, das ihnen zuteil wurde, und trotz ihres begabten Verstandes doch noch ein Restbestand aus ihrer Jugendzeit erhalten blieb, nämlich: das kindliche Bedürfnis, besonders in schlimmen Lebenssituationen von einer Frau, am liebsten einer sympathischen, gehegt zu werden...

(Fortsetzung folgt.)

Waldenburger Bergland Aus einer sozialdemokratischen Hochburg

Sauzustände auf der Friedenshoffnungsgrube

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Schon des öfteren haben wir uns an dieser Stelle mit dem Hemsdorfer Müll beschäftigt. Wir haben die Betriebsräte sowie die Bergbehörde auf die unerhörten Zustände aufmerksam gemacht, ohne daß von diesen auch nur etwas unternommen worden ist. Der Betriebsrat, welcher sich aus Sozialdemokraten und Christen zusammensetzt, hat Kenntnis von diesen Zuständen.

brüllt aber bei den Befahrungen beide Augen zu, um ja nicht die Harmonie mit den Beamten zu stören. Wir wollen heute noch einmal einige dieser Mißstände der Deffektivität unterbreiten.

Die Heberstundenbeschäftigung ist an der Tagesordnung und scheint am aller schlimmsten in der 14. Abteilung eingegriffen zu sein. Wir haben uns der Mühe unterzogen, an vier Tagen in der Woche eine Kontrolle vorzunehmen. Wir haben dabei festgestellt, daß in der Frühschicht 36, in der Mittagschicht 34 und in der Nachtschicht 28 Mann herauskamen, die

eine Zechnstundenschicht verfahren

hatten. Davon waren früh 26, mittags 23 und nachts 18 Mann aus der 14. Abteilung. Von den übrigen konnten wir die Abteilung nicht feststellen. In den darauffolgenden Tagen war die Zahl nicht geringer, man konnte nur dieselben Gesichter beobachten. Das bedeutet, daß jeden Tag über 100 Mann Zechnstundenschicht verfahren. Aber damit noch nicht genug. Von diesen Arbeitern kommt ein großer Teil Sonnabendabend zur Zechnschicht wieder, so daß manche neun Schichten in der Woche oder 72 Stunden für den Profit der Unternehmer schuften. Ist dieses nicht unerhört, wenn man bedenkt, daß Tausende ohne Arbeit auf der Straße liegen? Bergbehörde, prüfe die Schichtbücher nach und du wirst eine Befestigung dieser Angaben finden.

Ein weiterer unerhörter Skandal ist das Fahren in der Hauptförderstraße 8. Sohle während der Seilschicht. Wir erinnern nochmals an die Kriecherei über, unter und zwischen die Wagen. Selbst Schiebehauer mit der Pulverbüchse müssen dieses mitmachen, um zu ihrer Arbeit bzw. zum Schacht zu gelangen.

Der Einfahrer scheint gestorben zu sein.

Seitdem ich seit Monaten hat man nichts mehr von ihm gesehen. Da die Friedenshoffnung, wie schon öfters erwähnt, ein „Musterbetrieb“ ist, beabsichtigt die Verwaltung, die Förderung mittels Röhren zum Schacht zu transportieren. Die Jauche steht zirka 30 Zentimeter hoch (Senkschicht 19) und die Rumpels müssen

bis über die Knöchel durch diesen Dreck und Jauche waten

und dann die ganze Schicht mit nassen Füßen arbeiten. Das teure Schuhwerk faull den Rumpels an den Füßen. Hier ließe sich sehr leicht Abhilfe schaffen durch eine vernünftige Wasserseige, die sauber gehalten werden muß. Auch für Aufrechterhaltung der Wetterstrecken ist kein Geld da. Der Wetterzug in allen Abteilungen spottet jeder Beschreibung. Die Vertikalitäten sind zum Teil auf Schlauch und Däse angewiesen, und selten findet man einen Ort, wo keine Schlagwetter vorhanden sind. Ist es dann ein Wunder, wenn die Rumpels, die in dieser heißen stickigen Luft arbeiten, oft genug krank feiern und deshalb ungeheuer hohe Beiträge zur Krankenversicherung zahlen müssen.

Eine ganz lamose Einrichtung ist die Schärfung des Gesäßes. Wer nicht im Besitz von mindestens 10 Hauen ist, der kann nicht mit. Das Bestellen sowie Schärfen von Hauen und Abbauschleifspitzen dauert 14 Tage; es gab Fälle, wo Rumpels sogar 4 Monate lang auf ihr Geßäße warten mußten, ganz zu schweigen von dem, das überhaupt verloren geht. Das ist die von der Sozialdemokratie soviel gepriesene Rationalisierung, in Folge der man einen großen Teil Handwerker abgebaut hat, und die übrig gebliebenen können diese Arbeit nicht bewältigen.

Ja, ja, Betriebsräte, steckt einmal eure Nase mehr hinein in den Betrieb und befehligt solche Mißstände. Mein lieber Wolf, deine Arbeit müßte nicht nur darin bestehen, in Anwesenheit der Beamten vom Zusammenarbeiten der Rumpels und Beamten (Ball der 14. Abteilung 1927) Reden zu schwingen, sondern mit offenen Ohren und Augen durch die Grube zu gehen und das zu tun, wozu du von der Belegschaft bestimmt bist.

Rumpels, seht euch die Betriebsräte an! Guckt ihnen auf die Finger und nicht auf's Maul! Gebt bei der nächsten Betriebsratswahl eure Stimme nur revolutionären Betriebsräten!

Dr. Wiekner „bestraft“

Die Telegraphen-Union meldet: Nachdem die Staatsanwaltschaft in allen Instanzen die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen Oberbürgermeister Dr. Wiekner in Waldenburg wegen Untreue abgelehnt hatte, hat das zuständige Disziplinargericht, der Breslauer Bezirksausschuß der Regierung in Breslau, unter dem Vorsitz des Verwaltungsgeschäftsdirektors Dr. Bogdall, nach zwölfstündiger Verhandlung am 11. d. M., gegen 22 Uhr, den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 2 Nr. 1 des Disziplinargesetzes mit der höchstzulässigen Geldstrafe, die in der Entziehung eines Monatsbetrages seines jährlichen Dienstentlohens besteht, bestraft. Gegen das Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung an das Preussische Oberverwaltungsgericht in Berlin zulässig, die bestimmt eingelegt werden wird.

§ 2 Nr. 1 des Disziplinargesetzes besagt, daß ein Beamter, welcher

die Pflicht verlegt, die ihm sein Amt auferlegt, den Vorschriften des Gesetzes unterliegt.

Und da sage noch einer, daß es keine Gerechtigkeit in Deutsch-

land gibt!

Oberes Revier

Genau 460 Personen

Ein Arbeiter schreibt uns: Der Aufmarsch der SPD. zur Fahnenweihe in Ober-Hemsdorf bewies wieder einmal die „Stärke“ der Sozialdemokratischen Partei im Kreise Waldenburg. Genau 460 Personen wurden gezählt, einschließlich der Kinder, Frauen und der Sportvereine. Wenn man die 130 Kinder, die 54 Frauen und die 18 Jugendlichen abrechnet, bleiben nur ganze 260 „madere“ Helden der SPD. für den Kreis Waldenburg. — Nun kommt aber noch ein Abstrich, nämlich: der Radfahrerverein Gottesberg beteiligte sich mit 20 Mann, der Turnverein mit einigen Erwachsenen und Kindern, und der Knappenverein zählte 24 Mann, also verblieben noch 60 Personen, rund gerechnet, von der Parteistärke des Juges, so daß ganze 200 Männchen übrig blieben — der Abglanz der SPD. im Waldenburger Kreis.

An alle Parteifunktionäre!

Sonntag, den 16. Juni, 9 Uhr vormittags, findet im „Schützenhaus“ in Gottesberg eine Funktionärsversammlung der Funktionäre des gesamten Oberen Reviers statt. Es erscheinen die Funktionäre der Partei, Stadtverordnete und Kolporture.

Alle Funktionäre der Nebenorganisationen sind ebenfalls bringend eingeladen.

Der lebensgefährliche Hirschberg in Schwarzwaldbau.

Aus Schwarzwaldbau wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen verunglückte ein in Sachen in Stellung stehendes und vorübergehend bei ihren Eltern in Fellhammer weilendes junges Mädchen dadurch, daß dieselbe beim Kaufmann Demuth auf den dem Mühlenschiefer Kammel gehörenden Klöcherplan rutschte, nachdem sie vollständig die Gewalt über ihr Fahrrad verloren hatte. Mit gebrochenem Schloßstein, einigen eingeschlagenen Zähnen und schwerer Brustkorbsquetschung wurde dieselbe bald nach Fellhammer zurücktransportiert. Es ist dieses nicht etwa der erste oder zehnte Unglücksfall, sondern mehrere tödliche Unfälle sind auf diese verhängnisvolle, für Last- und Kraftfahrzeuge und besonders Personenverkehr, gefährliche Stelle zu buchen. In die Ghauffee Rodenbach-Landesgut (über den sogenannten Hirschberg, mit seinem starken Gefälle) mündet an der stärksten tiefen Stelle (Klöcherplan) die Straße von Wittgendorf. Genug des Unfalls! Wir verlangen von der zuständigen Kreisbehörde, daß man dem leichtsinnigen Spiele mit Menschenleben nicht mehr länger müßig zusieht, sondern für energische Abhilfe Sorge trägt.

Landeshut

Kollegen, macht es nach!

Die Belegschaft der Seidenweberei, eines Schmeißerbetriebes der Firma Schleifische Textilwerke Wiekner u. Frahmke A.-G., Landeshut, sammelte für ihre ausgesperrten Arbeitskollegen den Betrag von 22,90 Mark.

Arbeitskollegen, die ihr noch im Betriebe steht, macht's nach!

Niederschlesien

Görlitz

Selbstmordversuch

Seitern wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Rauchmalders Straße 19a gerufen, wo eine Frau sich mit Gas zu vergiften versucht hatte. Durch die Sauerstoffapparate der Feuerwehr konnte sie soweit wieder hergestellt werden, daß ihre Ueberführung ins Krankenhaus nicht mehr erforderlich war.

Grünberg

Tödlich verunglückt ist der bei der Firma Reuchelt beschäftigte Zimmermann Wilhelm Schulz. Er hinterläßt Frau und vier Kinder. Ein anderer Arbeiter erlitt bei dem gleichen Unfall mehrere Knochenbrüche.

Neusalz

Verfälschtes Sittlichkeitsverbrechen

Eine hiesige Arbeiterin wurde von einem jungen Manne überfallen, der sie zu vergewaltigen versuchte. Durch einen vorbeikommenden Radfahrer wurde er jedoch an der Ausführung seiner Tat gehindert und flüchtete. Er wurde ermittelt und dem Amtsgericht zugeführt. Es handelt sich um einen, aus Sommeren zugezogenen, jungen Arbeiter, der schon wegen gleicher Delikte verurteilt ist.

Bunzlau

Die unbezahlte Raubmilch. Der 45-jährige Händler Gustav Siebert aus Waldau hatte auf die Zeitungsanzeige einer Hamburger Firma zwei Kühen lindenmilch für 46 Mark bestellt, obwohl er sich seit langer Zeit in den denkbar möglichsten Verhältnissen befand und keine Aussicht hatte, sie bezahlen zu können. Vor Gericht gab er an, er habe die Milch für seine kranke Frau benötigt. Er erhielt vom Bunzlauer Amtsgericht wegen Betruges im Rückfall sechs Monate Gefängnis. Seine gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer Liegnitz verworfen.

Haynau

Junge Leute mißbrauchen ein Mädchen

Im Juli 1928 ereignete sich in Wittsdorf ein Sittlichkeitsverbrechen. Als die etwas geisteschwache Semmelausträgerin mit ihrem Bäckchen vorbeikom, fielen einige junge Leute über das Mädchen her. Sie schleppten es ins Gebüsch, keilten es auf den Kopf und vergingen sich an ihm. Die Mädchen waren teilweise erst 16 Jahre alt. Jetzt hatte sich der noch nicht ganz 20-jährige, bisher unbekanntere Mannrechner Kurt Helbig wegen dieser Sache vor dem erweiterten Liegnitzer Schöffengericht, das unter Aufsicht der Deffektivität des Angeklagten, zu verantworten. Er erhielt unter Zustimmung seiner Angehörigen sechs Monate Gefängnis. Außerdem wurde ihm Strafzahlung bewilligt.

Note-Hilfe-Rachrichten. Am Freitag, 19.30 Uhr, im Verkehrlal „Parkrestaurant“ sehr wichtige Mitgliederversammlung, zu der jeder Genosse und jede Genossin bestimmt erscheinen muß. Sympathisierende können mitgebracht werden.

Liegnitz

Wegen mütterlicher Vorwürfe in den Tod

Auf der Straße Liegnitz-Neuhof wurde am Dienstag, gegen 16 Uhr, in der Nähe der Siedlung Breslauer Straße, an einem Bahnübergang die Frau Meta Bachmann vom Zuge überfahren. Sie war sofort tot. Ancheinend liegt Selbstmord vor.

Die tote ist die am 30. Juli 1914 in Dambritsch Kreis Neumarkt geborene Meta B. Sie wohnte hier bei ihrer Mutter, Breslauer Straße 73, und befand sich in Liegnitz auch in Stellung. Am Dienstagmorgen wollte sie mit der Mutter im Schrebergarten. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Mutter der Tochter heftige Vorwürfe machte. Diese nahm sich das noch nicht 15-jährige Mädchen so zu Herzen, daß sie schnurstracks davonlief und sich bei Neuhof vor den nächsten Güterzug warf.

Aus dem Riesengebirge

Die Ausgesperrtenunterstützung geraubt

Es wird gemeldet:

Am Birtenhügel, in der Senke zwischen Zillertal und Pfaffengrund, entriß am hellen Tage ein unbekannter Mann einer Frau aus Zillertal die Geldtasche mit 500 Mark Inhalt. Dieser Betrag war Verbandsgeld für die ausgesperrten Zillertaler Textilarbeiter, das die Verurteilten zwecks Auszahlung an die Empfangsberechtigten abgeholt hat. Die Tat wurde durch den Zufall gefördert, daß der die Frau begleitende Ehemann auf der Zahlstelle zurückblieb. Der unbekanntere Täter ist entkommen.

Schweres Unglück auf dem Hirschberger Hauptbahnhof

Am Mittwochmorgen ereignete sich auf dem Hirschberger Hauptbahnhof ein schweres Unglück. Der 26-jährige Gepädfahrer Jadel aus Straupitz war im Begriff, auf seinem Handwagen Gepäde über das Schreiberhauer Gleis zu fahren, als sein Wagen von einem rangierenden Eisenbahnwagen erfasst wurde. Der Gepädfahrer wurde so unglücklich zu Boden geschleudert, daß er das Genick brach und auf der Stelle tot war.

Man sucht nach Entlastungsmomenten für den „Grafen“

Die Voruntersuchung über den Mord im Janowitzer Grafenschloß ist immer noch nicht abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter wird mit den Ermittlungen noch einige Wochen zu tun haben. Es steht auch noch nicht fest, ob die Anklage der Staatsanwaltschaft auf Mord oder auf fahrlässige Tötung lauten wird.

Arbeitersport

Arbeiterpartei. Nachstehende Vereine und Abteilungen entscheiden heute Donnerstag, ab 18 Uhr, je einen geschäftlichen oder technischen Vertreter in das Kartellbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, zur Entgegennahme einer wichtigen Mitteilung: Freie Turnerschaft, 8. und 10. Frauenabteilung, die 3., 6., 9., 10. und 11. Männerabteilung, Freie Turnerschaft Zimpel, Fichte-Rochberg, Arbeiter-Turnverein Realschule, Arbeiter-Turn- und Sportverein Sawallen, Arbeiter-Turn- und Sportverein Hundsfeld. Fußballvereine: Spielvereinigung 1921, S. S. Bratislawia, F. S. B. 1925, Rapid 1926, A. S. Bader, Südost 1910, F. Sp. 1920, Sportverein 1925, R. J. Kaiser-

spiele, Ballspielvereinigung 1923, Dsmiß, Sturm-Schmiebesfeld, Derttha 1926, Sportverein Odetor 1925, Arbeiter-Radfahrerverein: alle Abteilungen außer 3. und 4., Solidarität-Maschwitz und Pilsnitz, Arb.-Radfahrer-Verein Edelweiß-K.-Gandau, A. R. S. Rosenthal, Kraftsportverein 1921, Kraftsportvereinigung Jugendkraft-Hundsfeld, Arb.-Athleten-Mariahöfen, A. S. B. Tschansch, Arbeiter-Schützenbund, Arbeiterangler.

Fußballsparte. Ladungen des Verhandlungsausschusses

für den 17. Juni: 20 Uhr Vereinsvertreter von 1924, Derttha, Rapid, Bratislawia, Formwärtz, F.S.B. 1925, W.F., Kalle, Union, W.F.B.; 20.30 Uhr Vereinsvertreter von Trebnitz und West; 20.45 Uhr Sportgenosse Jädel (Bratislawia), Schiedsrichter Sänger; 21 Uhr Vereinsvertreter von Rapid und Sportgenosse Dulle; 21.15 Uhr Vereinsvertreter von Freiheit, dazu Simon, Appelt sowie Schiedsrichter Kühnel. Ladungen für den 24. Juni: 20 Uhr Vereinsvertreter von W.F. und Dertthandorf (Einspruch), dazu beide Spielführer und Schiedsrichter Scharf. Zeugen stellen die Vereine selbst; 21 Uhr Sportgenosse Hampel (West), dazu Schiedsrichter Klose; 21.15 Uhr Sportgenosse Ernst Richard (W.F.), Herbert Hoffmann (W.F.), Spielführer von W.F. vom Spiel am 2. 5. 29, dazu Schiedsrichter Bartich, Herbert Jurek und Kothler (Sturm). — Schiedsrichtervereinigung. Für das am Sonntag, dem 23. Juni, zum „Rast“ stehende Städte- und Kreis-Spiel Breslau-Dresden sind folgende Genossen als Linienrichter bestimmt: Rieder (W.F.), Stache (1921), Kronig (F.S.B.), Langer (Stern), Wormbit (Eil.-Kickers), Rudolf (1924). Erscheinen in kurzer Hose und Vereinsjersey. Zu melden im Stadion beim Genossen Sänger. Schiedsrichter ist Genosse Scharf (W.F.). — Die Stadtmannschaft fährt am 16. 6. nach Bernstadt. Treffpunkt 9.30 Uhr am Nikolaitorbahnhof. — Kreis-Schule. Treffpunkt am Donnerstag, dem 13. 6., 18 Uhr W.F.-Platz in Klein-Gandau.

Breslauer Gesellschaftsspiele am Sonnabend, 15. Juni: 18 Uhr

F.S.B. I — 1921 I, Bebelplatz, Heine.

Gesellschaftsspiele am Sonntag, dem 16. Juni:

15.00: Freiheit I. Jgd. — W.F. I. Jgd., Gröschelwiege; Fr. Auroz.
16.30: Stern I — Rapid I, Gröschel; Wormbit.
14.30: Freiheit II — Rapid II, Gröschel; Leiche.
17.00: Dsmiß I — Sturm I, Dsmiß; Kronig.
16.00: Dsmiß I. Jgd. — W.F. I. Jgd., Dsmiß; Salostomik.
13.30: Dsmiß II — Sturm II, Dsmiß; K. Jlobinski.
15.00: Dsmiß Sportlerinnen — West Sportlerinnen, Dsmiß; ???
17.00: F.S.B. II — W.F. II, Bebelplatz; Rudolf.

Handball. Verichtigung. Das Spiel 1. Abt. gegen 7. Abt.

fällt am Sonntag aus. Einigkeit Sportlerinnen gegen 3. f. 3. wird nach Groß-Mochern verlegt um 16.10 Uhr. Schiedsrichter sind die Bundesgenossen Frenzel und Hubrich von der 8. Abt. Anlässlich der Platzweisung des Fußballvereins Dsmiß findet ein Sportlerinnen-Spiel zwischen Dsmiß und 1921 statt um 15 Uhr. Schiedsrichter sind Renchin II und Schubert. Der Platz ist hinter der Weidmannsruh. — Protektionmission. Montag, 20 Uhr, bei Gante, Leuchtstrasse, Protestversammlung 1. Abteilung — Josefodon. Schiedsrichter Guhr und Würfel sowie Zeugen haben dabei zu erscheinen.

Schwimmverein Poseidon. Donnerstag sämtliche Wasserballspieler der Abteilung Nord im Poseidon-Bade zur Mannschaftsaufstellung. Die 1. Vereinsmannschaft in der Aufstellung: Richter, Klase, Weber, Balchid, Werner, Thomas, Faulde, Kaluzja muß ebenfalls erscheinen. Pässe müssen wegen Kreismeisterchaftsspiel in Ordnung sein.

Freie Rudervereinigung. Freitag 20 Uhr, Bootshaus, Vorstandssitzung.

1. Arbeiter-Angler-Verein. Donnerstag, 19.30 Uhr, Mitglieder-

versammlung im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Arbeiter-Athleten. 1. Bezirk. Heute Donnerstag, Gewichtsübung

zum „Rast“ nach Ruhl. Turnhalle Liegnitzer Schule

Das Referat des Genossen Thälmann

Die Fortsetzung des politischen Referats in der Montag-Nachmittagsitzung

Der Charakter der Klassenkämpfe und unsere neue Taktik

Während der Essener Parteitag zwar von der Offensive des Kapitals sprach, in den politischen Theorien aber bei der Charakterisierung der Klassenkräfte des Proletariats noch von der Defensive der Arbeiterklasse redet, müssen wir heute, zwei Jahre später, eine mächtige Aufwärtsentwicklung der Streiks in Deutschland feststellen, die für unsere Gesamtorientierung eine entscheidende politische Bedeutung haben. Während im Jahre 1926, als in der ersten Welle der Rationalisierung, der Hamburger Hafenarbeiterstreik als erstes Vorpostengefecht durchgeführt wurde, die Zahl der Streiktagelöhne 1 1/2 Millionen betrug, liegt diese Zahl im Jahre 1927 bereits auf 6 Millionen, um im Jahre 1928 auf 10 1/2 Millionen anzuschwellen. Zwar ist die Mehrzahl dieser Tage durch Ausperrungen zustande gekommen, aber dennoch wäre es völlig falsch, deswegen annehmen zu wollen, wie es die Renegaten tun, daß sich das Proletariat noch immer in der Defensive befindet. Die Entwicklung des Klassenkampfes ist ungleichmäßig und zeigt auch rückwärtige Momente. Wir müssen den Charakter der Streiks richtig analysieren. Der Kampf der zehntausenden Textilarbeiter, die Aufbausperren, der kleine, aber heldenhafte Kampf in Hennigsdorf und der 14wöchige Westfälischer Kampf — alle diese Kämpfe zeigten bereits einen anderen fortgeschrittenen Charakter. Unorganisierte Massen gemeinsam mit den Organisierten in einer Front, kämpften unter der Führung der KPD, gegen den Verrat der Sozialfaschisten.

Was ist die Lehre dieser Kämpfe? Die Arbeiterklasse beantwortet die Offensive des Kapitals mit einer Gegenoffensive, in Kämpfen, die bereits ein hohes Maß von Erbitterung und Zähigkeit zeigen.

Das Charakteristische der heutigen Kämpfe ist, daß sie Begegnungskämpfe sind, die aber bereits den Charakter von Durchbruchskämpfen annehmen.

Der politische Charakter der Wirtschaftskämpfe

Das zweite Merkmal der Wirtschaftskämpfe ist die besondere Zuspitzung der allgemeinen Lage, in der sie sich abspielen.

Das dritte Merkmal aber ist, daß diese Kämpfe gegen die kapitalistische Klasse bereits die Form von Auseinandersetzungen zwischen Reformismus und Kommunismus annehmen. Vor wenigen Jahren noch wurden die Kämpfe im Rahmen des Gewerkschaftslegalismus geführt. Dieser Legalismus ist heute durchbrochen. Die Durchbrechung der Gewerkschaftstatuten, die heute zu kapitalistischen Statuten geworden sind, stellen bereits einen politischen Kampf auf einer höheren Stufe der Klassenauseinandersetzung dar. Die Bourgeoisie legt ihren Staatsapparat zur Unterdrückung dieser Kämpfe voll ein.

Damit aber werden diese Kämpfe zu politischen Kämpfen gegen die Staatsgewalt des Kapitalismus.

Diese Kämpfe zwischen Reformismus und Kommunismus erstrecken sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. Besonders heftig wird der Kampf gegen die allgemeine sozialfaschistische Unterdrückungspolitik in den Massenorganisationen geführt. Die Spaltungspolitik der Reformisten richtet sich nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterklasse überhaupt. In solchen Massenorganisationen wie den Sportorganisationen würden wir, wenn die Reformisten nicht gespalten und Halle und Berlin nicht ausgeschlossen hätten, bekommt die Mehrheit behauptet oder erobert haben.

Genossen, die Frage der Eroberung der Mehrheit in den Massenorganisationen hat nichts zu tun mit der Eroberung des Apparats der Massenorganisationen oder der Gewerkschaften. Darum ist es notwendig, auf die Ausschließung aus den Gewerkschaften und Massenorganisationen mit noch viel größerer Energie durch eine Massenmobilisierung zu antworten, weil wir alles tun müssen, um uns nicht von den Massen zu isolieren.

Das Wesen der neuen Taktik

Genossen, diese wenigen Tatsachen genügen, um die Grundlage für die Festlegung unserer neuen Taktik in Deutschland anzudeuten. Welches sind die wichtigsten Punkte dieser neuen Taktik?

Erstens: die große Wendung der Partei in der Gewerkschaftsarbeit. Nicht nur, daß wir den politischen Kurs ändern. Wir verändern diesen neuen politischen Kurs mit der Änderung der Organisationsformen in den verschiedensten Kämpfen, mit der Bildung von Kampf- und Streikleitungen in den verschiedensten Gebieten Deutschlands. Die unter Anwendung dieser neuen Organisationsformen geführten Kämpfe zeigten sehr stark die Tendenz zur Durchbrechung des Gewerkschaftslegalismus, der Schlichtungsabteilung und der Taristrene. Mit dieser Taktik in den wirtschaftlichen Aktionen führten wir die Massen zugleich in den Kampf gegen den Dreißigsten und Staatsgewalt, Unterwerfung und reformistischer Bürokratie und damit in Kämpfe mit politischem Charakter.

Zweitens: Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten haben wir mit der Veränderung der Organisationsformen zugleich, wenn auch noch schwach und ungenügend, das Schwergewicht unserer Arbeit in Betrieb und Massenorganisationen verlegt. Gerade hier muß die Arbeit noch gewaltig verstärkt werden.

Drittens: Bei der Mobilisierung der Massen haben wir unsere Kräfte nicht nur auf die organisierten oppositionellen Arbeiter, sondern auch auf die unorganisierten Massen konzentriert. Diese Massen haben sich vielfach revolutionärer gezeigt als große Teile der organisierten, von den Reformisten beeinflussten Arbeitermassen.

Viertens: Die neue Taktik fordert von uns die Anspannung aller Kräfte zur Erfassung der am meisten ausgebeuteten Schichten, insbesondere der Frauen und der Jugend.

Fünftens: Der schärfste Kampf gegen den Reformismus, nicht nur als taktisches Problem, sondern zugleich als organisatorische Frage, steht mit dieser Taktik im engsten Zusammenhang.

Wäre unsere Partei nicht noch von starken sozialdemokratischen Schichten belastet gewesen, dann wären die Erfolge auch heute noch größer als diejenigen, die wir heute schon zu verzeichnen haben. (Sehr gut!)

Einheitsfronttaktik auf höherer Stufe

Aus alledem ergibt sich, daß die Durchführung der Einheitsfronttaktik jetzt sich auf einer viel höheren Stufe vollzieht, als es zur Zeit der Fürttenenteignung der Fall war. Die damalige

Anwendung der Einheitsfronttaktik geschah im Rahmen der Verfassung, was nicht ausschloß, daß sie außerparlamentarischen Charakter trug und uns große Erfolge brachte. Die Partei aber muß dem Reifegrad des Proletariats entsprechen, und neue Waffen für die Bewältigung der revolutionären Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft schaffen. Der Fürttenenteignungskampagne fehlte die ausgesprochene Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie, wie sie die Partei heute schon in den kleinsten Wirtschaftskämpfen notwendig einnehmen muß. Heute sind die Aufgaben unserer Partei als der einzigen Führerin des proletarischen Klassenkampfes viel konkreter gestellt. Die Klassenfronten zeichnen sich deutlicher ab; entweder Reformismus oder Kommunismus. Ein Drittes kann es nicht geben. (Beifall.)

Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse

Auf Grund einer solchen Einschätzung der Lage steht der Kampf um die Hegemonie des Proletariats und um die Mehrheit der Arbeiterklasse, namentlich in den wichtigsten Großbetrieben und Industriezweigen, schärfer denn je auf der Tagesordnung. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt letztlich die Entscheidung der kommenden revolutionären Kämpfe ab. Der Kampf um die Mehrheit des deutschen Proletariats: das ist eben das eigentliche Wesen der neuen Taktik!

Genosse Thälmann rechnet dann mit den Liquidatoren ab und beleuchtet die Rolle der Gruppe der „reigen Opportunisten“, der Versöhner.

Die Lehren des 1. Mai,

die nächste Perspektive und die Aufgaben der Partei

Damit, Genossen, komme ich zum letzten Teil meines Referats: Zur politischen Bedeutung der Maiereignisse, zur Perspektive der weiteren Entwicklung und zu den Aufgaben der Partei.

Wozin besteht die allgemeine politische Bedeutung der Berliner Maikämpfe? Darauf hat die Partei bereits in den Gesamtpartei unterbreiteten Thesen geantwortet. Ich will nur einige besondere Merkmale dieser allgemeinen politischen Bedeutung kennzeichnen und in den Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Entwicklung stellen.

Die Maikämpfe — ein Wendepunkt!

Die Berliner Maikämpfe können nur im Gesamtkontext der Fragen der politischen Entwicklung in Deutschland verstanden werden. Waren sie nicht ein Ausdruck der Zuspitzung der Klassenauseinandersetzung und zur gleichen Zeit der revolutionären Energie, die das Proletariat in der Demonstration gegen das Verbot zeigte, die bereits eine neue Form des politischen Kampfes darstellte?

Der sozialdemokratische Parteipräsident Förgiebel, der die Traktion des internationalen Proletariats am 1. Mai mit Füßen trat, als er den Berliner Arbeitern die Straße verbot, er ist verantwortlich für die Blutlachen seiner bestialischen Polizeitruppen. (Sehr richtig!) Ich will nicht die Einzelheiten des Kampfes schildern. Was aber ist das Neue, was ist der Inhalt dieses Kampfes? Das Neue ist, daß dies die erste Demonstration der revolutionären Energie und des politischen Kampfes gegen die bürgerliche Staatsgewalt seit langer Zeit ist.

Die Provokationspläne der SPD.

Von diesem Gesichtspunkt müssen wir die Frage nach dem Zweck der Förgiebel-Propaganda stellen. Dieser Zweck war die Isolierung der kommunistischen Partei von den Massen, man wollte sie zu einer neuen Marginalaktion treiben, die sie auf lange Zeit zurückgeworfen hätte. Das war die Absicht Förgiebels und die Absicht der Gewerkschaftsführer, die gemeinsam mit ihm auf der Aufrechterhaltung des Verbots bestanden.

Auf diese Weise sollte die SPD, juridgedrängt, der Rehabilitierungsprozess der Arbeitermassen aufgehalten, der Widerstand gegen die Kapitaloffensive gebrochen und damit die Voraussetzung für den Krieg gegen die Sowjetunion geschaffen werden.

War es ein Zufall, daß die Pogromhölle gegen die Kommunisten verbunden wurde mit der Hehe: Moskauer Putsch? Nach den Maikämpfen aber bewies das Verbot des KFB, der einzigen Wehrorganisation des Proletariats, das Verbot der „Roten Jahre“, daß es sich um eine vorbereitete Provokation Förgiebels gehandelt hatte.

Was sollte die Partei in dieser Lage tun? Hätte die Partei vor dem Klassenfeind zu rücken dürfen? Niemals. Dürfte die Partei weichen, was sich am Gedenktag von Karl und Rosa in Berlin gezeigt hatte? Keineswegs. Die Partei war vielmehr verpflichtet, mit neuen

Methoden des Kampfes, entsprechend der Situation, die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind aufzunehmen.

Die Massen folgten dem Ruf der Partei!

Heute können wir mit ruhigem Gewissen vor diesem Parteitag sagen, daß die Massen der Aufforderung der Partei, das Recht auf die Straße zu behaupten, zu demonstrieren trotz des Verbots, zu Zehntausenden, zu Hunderttausenden gefolgt sind.

Die Blutschuld des Sozialfaschismus an den Opfern der Maikämpfe wird heute selbst von bürgerlichen Journalisten offen zugegeben.

Als im roten Wedding, im roten Neulönn Barrikaden als Abwehrmaßnahmen gegen den Polizeiterrord entstanden, stand die Partei vor der schwerwiegenden Entscheidung, diese spontane Abwehraktion der Massen zu unterstützen. Wir sagen offen, daß in dieser Situation viele Berliner Arbeiter nach Waffen gerufen haben. Die Partei hat das vollste Verständnis für die tiefe Erbitterung dieser Proletarier über die Bestialitäten der Mordpolizei. Der Ruf der Massen nach Waffen war geboren aus dem revolutionären Willen, den kämpfenden Weddingern und Neulönnern Brüdern zu Hilfe zu eilen. (Bravo!)

Die Stunde des Aufstands hatte noch nicht geschlagen!

Aber, Genossen, die Partei hat vom ersten Augenblick an nicht nur ihre volle Solidarität mit den Barrikadenkämpfern bewiesen, sie hatte aber auch die große Verantwortung zu tragen, wenn bei einer solchen Abwehraktion die revolutionäre Front empfindlich geschlagen und geschwächt worden wäre. Darum durfte sie in diesem Augenblick dem Ruf nach dem bewaffneten Aufstand nicht nachgeben, weil die objektiven Voraussetzungen für die akut revolutionäre Situation noch nicht gegeben waren. Hätte die Partei den instinktiven Stimmungen der Massen nachgegeben, so wäre sie damit auf die Provokation der Förgiebel-Polizei herein gefallen, und der beste Teil der Berliner Arbeiter wäre abgeschlachtet worden.

Darum handelte die Partei vollständig richtig mit der Herausgabe der Lösung des politischen Massenstreiks.

Diese Lösung war, wenn sie auch von den Massen nur ungenügend befolgt wurde, diejenige politische Basis, auf der die Partei, unterstützt vom revolutionären Proletariat, ihre Politik durchzuführen hatte. Nur so konnte die proletarische Einheitsfront mit den Kämpfern möglich geschlossen hergestellt werden, um in dieser Geschlossenheit den Widerstand gegen das kapitalistische System zu demonstrieren.

Das Problem des politischen Massenstreiks ist das entscheidende Problem für die nächste Entwicklung. Die Partei hat den Massenstreik dort einermachen befriedigend durchgeführt — im Ruhrgebiet, in Hamburg und in einigen Industriezweigen Berlins — wo die Erfahrungen der Vergangenheit der letzten wirtschaftlichen Kämpfe das Verständnis der Belegschaften für die Notwendigkeiten solcher Maßnahmen in der

gegebenen Situation gewandt hatten. Es kommt darauf an, den anstehenden revolutionären Charakter im Prozeß ihrer Entwicklung aufzuzeigen. Wir sehen eine feste Verflechtung der ökonomischen mit den politischen Kämpfen und wir sehen bereits den Übergang zu politischen Massenaktionen aus ökonomischer Forderung heraus.

Es ist kein Zweifel, daß Trustbourgeoisie und Sozialfaschismus in der nächsten Zeit gezwungen sein werden, selbst die einschneidendsten Forderungen mit dem Einsatz der brutalsten Mittel der Staatsgewalt zu unterdrücken. Das bedeutet einen immer härteren politischen Charakter dieser Kämpfe. Die Verflechtung der Gewerkschaftskämpfe mit der Staatsgewalt, ihr Zusammenarbeiten mit der Polizei gegen Streikende, geben diesen wirtschaftlichen Kämpfen, die zur Durchbrechung der Schlichtungspraxis führen, den politischen Charakter.

Unehrlische Provokationen wie am 1. Mai wird die Staatsgewalt bald auch bei den Wirtschaftskämpfen verfahren.

Wenn die Ruhrarbeiter z. B. jetzt den Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde aufnehmen, dann ist ein Konflikt mit der Staatsgewalt nicht unwahrscheinlich. Wenn ein solcher Konflikt blutige Opfer fordern sollte, dann wird die Solidarität der Arbeitermassen in den wichtigsten Industrien erneut die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen.

Die Aufgaben der Partei

Welches sind nun, Genossen, die Aufgaben, die vor der Partei stehen? Bevor ich dazu übergehe, noch eine Frage, die in diesem Zusammenhang von größter Bedeutung ist. Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion und die allgemeine Orientierung der deutschen Bourgeoisie zeigt zu gleicher Zeit, daß die Imperialisten und die Sozialfaschisten ihre Waffen im Kampf gegen uns verstärken. Das bedeutet, daß auch wir unsere Aufgaben mit einem viel größeren Ernst stellen müssen, als in einer Situation, in der die Partei nicht eine so ungeheure Verantwortung trägt wie heute. Drei Aufgaben von allgemeiner politischer Bedeutung stehen vor uns:

1. Die Aufgabe des Kampfes gegen den Interventionskrieg und in diesem Zusammenhang die Durchführung der Kampagne am 1. August.
2. Die Entfesselung großer wirtschaftlicher Kämpfe zur Abwehr der kapitalistischen Offensive auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse.
3. Ihre Steigerung zu politischen Aktionen gegen die Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie und die drohende sozialfaschistische Diktatur, wie gegen den Faschismus überhaupt.

Welches sind unsere taktischen Aufgaben?

1. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in den entscheidenden Schichten für den Kommunismus bei schärfstem Kampf gegen den Reformismus unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten.
2. Die Verwirklichung der proletarischen Hegemonie in den breiten Massen selbst.

Bolschewistische Geschlossenheit der Partei

Alle diese Aufgaben können nur bei vollkommener Einheitsfront und Geschlossenheit der Partei gelöst werden. Alle Schwankungen müssen überwunden, die Durchführung der Beschlüsse muß kontrolliert werden. Der Gegner verheißt seine Angriffe auf die Partei und die revolutionäre Front. Er wird bis zum Verbot der Partei vorstoßen.

Die kommunistische Partei aber läßt sich nicht verkleben. (Beifall.)

Greift die Bourgeoisie zu diesem Mittel, so werden wir auch dann unsere revolutionäre Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse weiterführen. Die Kommunisten sind die Partei des Aufstiegs, der Sozialfaschismus aber ist die Partei des Niedergangs. Die besten Elemente des Proletariats stoßen zu uns. Das Vertrauen der Massen zur KPD wächst. Wir müssen die Großbetriebe erobern und sie zu unseren Werten machen. Wir brauchen einen härteren, lebendigeren Internationalismus in der Partei. Auch im internationalen Maßstab müssen wir unsere Pflichten gegen die Arbeiterklasse erfüllen.

In diesem Augenblick muß die Partei die Gruppe der Versöhner, die den revolutionären Kampf der Partei hemmt, ausschalten.

Sieg und Revolution stehen auf der Tagesordnung der Entwicklung. Wenn die Partei sich dem Sturm entgegenstellt und das Steuer fest in die Hand nimmt, wenn sie die Aufgaben des Proletariats in der Linie der Organisation der Revolution stellt, dann wird sie gegen den imperialistischen Krieg und für den Sieg der deutschen Revolution vorwärts bringen bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. (Stürmischer, viele Minuten währender Beifall.)

Oberschlesien

Gleitwitz

Demagogen

Bei Beratung des Stellenplanes haben bekanntlich die Kommunisten und Mieter unter Protest die Stadtverordnetenversammlung verlassen, weil vom Zentrum und den Deutschnationalen drei Magistratsstellen eingeleitet wurden. Aus Anlaß dessen fanden die vier Parteien, Mieter, Ordnungspartei, Demokraten und SPD, an die Regierung in Oppeln und den preussischen Innenminister ein Protesttelegramm, in dem sie sich über zu hohe Ausgaben und Steuern beschwerten. Daß diese Telegramm und der Protest ebenfalls Demagoge war, beweisen diese Leute dadurch, daß sie bereits drei Tage später gegen die SPD für den Gesamtetat und die Steuerzuschläge stimmten. Arbeiter, laßt euch nicht blaffen. Seht diesen Leuten nicht nur aufs Maul, sondern vor allem auf die Finger.

Obermeister Pomruslo und Schlachthof

Uns wird folgendes geschrieben: Währenddem die kleinen Fleischer für ihre Küchellen hohe Beträge zahlen müssen, haben der Obermeister Herr Pomruslo und noch einige Großfische über vierhundert Haken in der Vorhalle unentgeltlich zur Verfügung. Herr P. ist dafür auch Stadtrat. Für Schweine von über 70 Pfund muß jeder Fleischer 3 Mark als Schlachtgebühr bezahlen. Herr Pomruslo und Genossen zahlen für ihre Schweine von durchschnittlich 2 1/2 bis 3 Zentner gleichfalls den Betrag von 3 Mark. Alle Beschwerden über die starke Belastung der kleinen Fleischer scheitern an dem Widerstand des Obermeisters. Dabei hätte Herr Pomruslo seinen Grund, sich gegen einen Ausgleich zu wenden, denn man weiß, welche Nebeneinnahmen er hat. Als Prüfungsmesser für alle Berufe erhält er für jeden Prüfung die jährlichen Prüfungsgebühren. Als Vorsitzender der am 1. August gegründeten Fleischerwertungsvereinigung noch 100 Mark pro Jahr. Als Jungobermeister 1000 Mark pro Jahr, sowie als Ausschreiber der Gleiwitzer Produktengenossenschaft eine Kaufsumme von 300 Mark. Es wird notwendig sein, daß die Schlachthofkommission in aller Kürze zusammentritt und hier mit dem Gebaren des Herrn Obermeisters aufzuräumen und die kleinen Fleischer zu schützen.

Kostenlose Desinfektion

Als eine Unterlassungsfünde muß es bezeichnet werden, wenn man bei Infektionskrankheiten die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung in der Wohnung unberücksichtigt läßt. Hausbesitzer und Quartierwirte sind verpflichtet, nach dem Ableben solcher Kranker die Wohnung desinfizieren zu lassen. Sielsach unbekannt ist es, daß die städtische Polizeiverwaltung zur wirksamen Bekämpfung der Lungen- und Keuchhustenepidemien die Desinfektion derjenigen Räume, in denen Leute gewohnt haben, welche mit diesen Krankheiten befallen waren, bei Wohnungswechsel bald nach dem Freierwerden kostenlos vornimmt. Es ergeht daher an die Hausbesitzer und Quartierwirte der Hinweis auf diese Einrichtung mit dem gleichzeitigen Ersuchen, von dem bevorstehenden Freierwerden einer Wohnung, die von einer an vorgeschrittener Tuberkulose leidenden Person bewohnt war, der städtischen Polizeiverwaltung (Stadthaus auf der Klosterstraße, Telefon Nr. 3441) Mitteilung zu machen, damit die Desinfektion rechtzeitig erfolgen kann.

Hindenburg

Achtung, Kommunal-Konferenz!

Am Sonnabend, dem 15. Juni, um 17 Uhr (5 Uhr nachmittag), findet im **Bürohaus, Peter-Paul-Strasse, im Sitzungssaal, Zimmer Nr. 207**, eine Zusammenkunft aller Parteifunktionäre von Groß-Hindenburg statt.

Thema: Der Etat der Stadt Hindenburg für das Jahr 1929 und die Stellung der Kommunisten.

Die politische Wichtigkeit dieser Konferenz brauchen wir nicht mehr zu betonen. Wir erwarten pünktliches und reifliches Erscheinen.

Ortsleitung der SPD, Kommunalpolitische Abteilung.

Öffentliche Versammlung

U. R. Die Straßenzelle Nord befies für den 8. Juni zu **Roth** eine öffentliche Versammlung ein. Als Referent war der Genosse **Rudwig** erschienen. Das wichtige Thema: „Der

drohende Krieg und die Aufgaben der Arbeiterschaft“ trug dazu bei, daß die Versammlung gut besucht war. Selbst einige sozialdemokratische Arbeiter waren erschienen. In der Diskussion sprachen nur einige unserer Genossen. Diese Versammlung war für die Arbeiterschaft sehr lehrreich, und es wurde der Wunsch laut, öfter solche abzuhalten.

„Brot und Arbeit“

U. R. Recht sorgenlos gingen doch die Christen an die Lohnbewegung der Bergarbeiter ran. Was kümmerten sie die Hungerlöhne und das Elend, ihr Kummer war höchstens, die Bergarbeiter vom Kampf abzuhalten. Auf der Guido-Grube und den **Delfschächten** sammelten darum die Christen Unterschriften für eine Wallfahrt nach Annaberg. Wahrscheinlich soll dort dafür gebetet werden, daß die Bergarbeiter weiter ihren Hunger ertragen. Na, außer einigen bedauernswerten Kumpels ist ja sonst kein Kumpel auf diesen Jimt eingegangen. Die ober-schlesischen Bergarbeiter wissen, daß sie nicht bloß vom Beten und Arbeiten leben können, sondern nur von einem anständigen Verdienst. Und den werden sie sich erklämpfen.

Proletarischer Unterhaltungabend

Am Sonntag, dem 16. Juni, 18 Uhr, findet im kleinen Saale bei **Pieja** ein proletarischer Unterhaltungabend mit Musik statt. Genossen und Genossinnen, erscheint reiflich und bringt Sympathisierende mit. Eintritt frei. — Die Frauenleitung.

Neue Siedlung

Auf dem nördlich der Salbstraße, zwischen Sedan- und Ziegelstraße, gelegenen Ackerland hat die Baugenossenschaft **Gogag** mit den Arbeiten zur Errichtung einer neuen Siedlung begonnen. Vorläufig werden erst drei Häuser gebaut. Später jedoch soll das ganze Gelände bebaut werden.

Achtung! Betriebsräte im Bergbau!

Sonntag, dem 16. Juni, vormittags 10 Uhr, finden für die Arbeitsgebiete **Hindenburg und Beuthen** zwei Betriebsräte-Kurse statt.

Zu Hindenburg gehören die Anlagen: **Gleitwitzer, Sosnizza-, Konkordia-, Königin-Luise-, Hedwigwunsche-, Castellengo-, Abwehr-, Ludwigsglück-Grube, Guido- und Delbrückschächte,**

zu Beuthen: **Hohenzollern-, Heinitz-, Carsten-Zentrum-, Preußen-, Bleischarley-Grube und Gräfin-Johanna-Schacht.**

Die Kurse finden für **Hindenburg im Gemeinderestaurant Zaborze**, und für **Beuthen im Vereinszimmer bei Schindler, Miechowitz**, statt.

Ein weiterer Kursus findet am **23. Juni** statt. Die Kameraden der Opposition werden aufgefordert, an den Kursen pünktlich teilzunehmen.

Der Kursusausschuß. gez. **Gwosz.**

Beuthen

Wird Schwarzer aus dem DVB. ausgeschlossen?

U. R. Der **SPD-Mann Schwarz**, der jahrelang als Vertrauensmann und zuletzt auch nebenbei noch als Kassierer die **Zahlstelle Biskupik** in Händen hatte, mußte nun bei der zweiten Generalversammlung im Januar seine Funktionen an die Opposition abtreten. Die Kassengeschäfte hat er nicht ordnungsgemäß abgegeben. Nach seinen Angaben soll in der **Volalkasse** ein Fehlbetrag von **70 Mk.** sein, den er angeblich verloren hat. Trotzdem die neue Ortsverwaltung schon fünf Monate die Geschäfte der **Zahlstelle** ordnungsgemäß führt und **Schwarz** schon mehrmals mahnte, seine frühere Funktion ordnungsgemäß zu übergeben, das gleiche auch von der Bezirksleitung geschah, ist er dem noch nicht nachgekommen. Ja, er verweigert sogar die Einsicht in die Belege. Die letzte Mitgliederversammlung hat einstimmig beschlossen, an die Bezirksleitung den Antrag zu stellen,

Schwarz er aufgehoben, bis zum 8. Juni die Kassengeschäfte an die neue Ortsverwaltung abzugeben, anderenfalls er aus dem Verbande ausgeschlossen ist. Die Reformisten haben Hunderte von oppositionellen Kameraden aus dem Verbande ausgeschlossen. Wir sind gespannt, ob die reformistische Bezirksleitung des **DVB** mit **Pollak** an der Spitze, gemäß dem Antrag und dem Beschluß der Mitglieder-Versammlung **Schwarz** ausschließen wird.

Miechowitz

Achtung, Bergarbeiter!

Sonntag, den 16. Juni, 14 Uhr, findet in **Miechowitz**, im Garten von **Schindler**, eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Jeder Bergarbeiter muß dazu erscheinen, es geht um die Aufbesserung des Hungerlohnes um **1,50 Mark pro Schicht**.

Ober-Glogau

Zwei Monate Gefängnis für Erschießen eines Menschen

Wieder ein Mangelurteil wurde vom hiesigen Schöffengericht gefällt. Ein wegen Erschießen eines Schülers bei der Jagd angeklagter Landwirtssohn wurde zu der geringen Strafe von **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt. Das Gericht will weiterhin noch Strafaussetzung bewilligen. Das Leben des Jagdtreibers, weil es nur das eines Proletenjungens ist, setzt das Gericht also gleich Null ein. Noch ist nicht der Fall des Herzogs von Ratibor vergessen, den man ja ganz freisprach, und schon wieder wird so ein Urteil gefällt. Bald wird sich eine Gruppe von passionierten Menschenjägern bilden können, Arbeiterleben vernichten bleibt ja kraftfrei!

Kreuzburg

„Landarbeiter verdienen genug!“

U. R. Die Löhne in der Landwirtschaft sind die miserabelsten, die es gibt. Für diese Löhne werden die Landarbeiter noch nach Stroh und Faden ausgebeutet. In überaus langer Arbeitszeit verdienen die Landproleten nicht so viel, um ihren Körper voll zu erhalten. Trotzdem finden die **Krautjunker** die Löhne der Landarbeiter als hoch genug und noch zu hoch. Der Inspektor der Gutsverwaltung **Wäthenberg** hat kürzlich den Landarbeitern gesagt, daß er Hungerlohn für sie genug ist. Landarbeiter, kämpft gemeinsam mit den Industriearbeitern für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Oppeln

Der Fall der Sonja Petrova

In den Kammerlichtspielen läuft am Donnerstag, dem 13., Freitag, dem 14., und Sonnabend, dem 15. Juni, in drei **Nachborsstellungen** der große russische **Seizualfilm** aus der Produktion **Sowfimo** „Der Fall der Sonja Petrova“. Der Direktor der Provinzial-Frauentheater, **Dr. Fr. Schefers**, hält dazu einen eingleitenden Vortrag.

Einweisung der neuen Berufsschule

Für den 25. Juni ist die Einweisung der neuen Berufsschule vorgesehen. Obwohl die Stadt dauernd ihre Notlage bekant, ist eine ziemlich kostspielige Feier beabsichtigt.

Sammeln im Schutt

Eine ganze Menge **Semmeln**, die verfaulen und verrotten waren, wurden als **Schutt** an der Baustelle im **Waldchen** abgeladen. Es handelt sich, schlecht gerechnet, um einen großen **Bäckerlohn**. Die **Semmeln** stammen von der **Bäckerei John**, am **Ring**. Anstatt mal den Armen ein paar **Semmeln** zu schenken, läßt man sie lieber verfaulen und schmeißt sie auf den **Misthaufen**.

Versammlungskalender

Oppeln. Freidenker. Sonnabend, den 15. Juni, 19,30 Uhr, Mitglieder-Versammlung im alten Schützenhaus.
— Freitag, den 14. Juni, 19,30 Uhr, im alten Schützenhaus, Generalversammlung der der **Internationalen Arbeiterhilfe**.
— Sonnabend, den 15. Juni, im alten Schützenhaus, 19,30 Uhr, Generalversammlung des **Arbeiter-Sport-** und **Kulturclubs**.
Sämtliche angeschlossene Vereine haben ihre Vertreter zu senden.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 8. 6. bis Sonnabend, den 15. 6. täglich 20.15 Uhr

Saisonverkauf 1929

Revue im Lobetheater in 12 Akten

Dirigiert: Max Oppelt

Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 8. 6. bis Sonnabend, den 15. 6. täglich 20.15 Uhr:

Der Mann, der seinen Namen änderte

Stück in 3 Akten

von Edgar Wallace, deutsch von Hans Rothe

B. Pohl

Beste und billigste Bezugsquelle ff. Schokolade

Kakao — Konfitüren

Leb- und Honigkuchen

Keks — Waffeln und Zwieback

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Breslau

Beerdigungsanstalt C. Heymann

Bestattungs-Verficherung

Lieberführung und Feuerbestattung

Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräblicher Straße 87 — Telefon 587 47

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung

Wäsche und Konfektion

eigener Herstellung — Gelegenheitsposten

S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Gastspiel

des Kammerjägers

Serge Abranovic Friederite

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Von Sonntag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie E 21

Der Zigeunerbaron

Freitag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie C 21

Nelken

Sonnabend, 19,30 Uhr

Theater und Musik-Festspiele

Anlaßlich der Eröffnung der „Buna“

(Aufführung für Wohnung u. Verkauf)

Die Zauberpäpste

Sonntag, 20 Uhr

Theater und Musik-Festspiele

Gastspiel **Clara Kochan** (Berlin)

Der Zigeunerbaron

Sämereien

Vogelfutter

Futtermittel

Richard Schwella

Matthiasstraße 185

Ecke Weinstraße 85

Moderne Kinderwagen

25.-

35.-, 29.-, 27.-

Euchante

ehlsauer Straße 35

Ecke Taschengasse

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus

Unterplatz 10 Sternstr. 5/9

WEINE

VON

Herzberg & Co.

Büchenstraße 48

Lotharstraße 18

Selenstraße 17

Michaelstr. 3

sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in ganzen Waggons bezogen und sofort bezahlt werden.

Rotwein	Flasche	1.10
Süßwein rot oder gelb		1.20
Gyder sSB		0.65
Johannisbeerwein sSB		0.85
Wermutwein sSB		1.35

Kolonialwaren, Konfitüren

Zigarren, Zigaretten

Futtermittel, Sämereien

Vogelfutter

Georg Bansch

Striegan, Liegnitzer Str. 1

Katzmarek's

Sarg- und Möbel-Magazin

Bobrek-Karl I

Großes Lager in Särgen und Möbeln

Ausführung v. d. einfachsten bis elegantesten

Beerdigung, vornehmste Zimmerdekoration, eig. Särgeherstellung. Teilzahlung gestattet.

Geschäfts-Eröffnung

Der verehrten Einwohnerschaft von **Häselitz** und Umgegend zur Kenntnis, daß ich **Häselitz Nr. 11** eine **Holz- u. Holzhandlung** eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, gutes Material zu soliden Preisen zu liefern. Um gütigen Zuspruch bitte.

Konrad Witsch

Der Verkauf findet täglich von 11-12 und Sonnabend von 12 Uhr an statt

Umtl. Bekanntmachung von Seitendorf

Der öffentliche Impftermin für die Erst- und Wieder-Impfungen findet **Montag, den 21. Juni d. J. nachmittags 3 Uhr** im „Gasthof zur Hoffnung“, hier selbst statt.

Die Impf-Vorladungen werden den Eltern der Impflinge in nächster Zeit zugestellt werden.

Seitendorf, den 15. Juni 1929

Der Gemeindevorsteher **Hartwig**

Schuhwaren

kaufen Sie gut und preiswert

bei **H. Gruhn**

Schweidnitz Markt 22

Lebensmittel

laufen Sie gut und billig bei

Will Hanke

Schweidnitz, Langstraße 29

„DIE ROTEN BLITZE“

spielen in ihrer neuen Revue

„So schön sie aus“

In nächster Zeit in Breslau!!!